



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 37 Nov./3 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

In eigener Sache

825. Kontaktbericht, 2. November 2022

Billy Leider ist das tatsächlich so. Und es ist bezüglich der Meinung wohl einmal notwendig, dass ich etwas dazu sage, weil ich immer wieder Telephonate habe, bei denen ich gefragt werde, was denn diesbezüglich und derbezüglich meine Meinung sei. Da ist es wohl notwendig, dass ich einmal sage, dass ich niemals eine Meinung habe, denn eine Meinung beruht auf etwas Unbeweisbarem, während die Wirklichkeit allein mit ihrer auf sie zutreffenden und ihr eigenen Wahrheit das beweist, was eben als reine Wahrheit und also niemals als Meinung genannt und vertreten werden kann. Die effective Wirklichkeit ist auch die effective Wahrheit, und die kann nur als Wahrheit genannt, niemals jedoch als Meinung gültig werden, weil eben die Meinung auf Unbewiesenem resp. also nicht darauf beruht, dass es nachweisbar auf der Wirklichkeit und deren Wahrheit beruht. Daher habe ich in eigener Sache und zu den Telephonaten also nur sagen, dass ich keinerlei Meinung habe, sondern immer neutral zu suchen bleibe. Mein Metier ist einfach das, dass ich nur bestehende Fakten nenne und weder Kommentare dazu abgebe, noch Ansichten darüber äussere und in jedem Fall neutral bleibe, weshalb ich auch nur alles wahrheitsgemäss derart wiedergebe, wie selbst Erlebtes, Gesehenes, Gehörtes oder in Gesprächen Angeführtes usw. Wenn ich so z.B. Zeitungsartikel oder Berichte usw. veröffentliche, dann geschieht dies, ohne dass ich einen Kommentar dazu abgebe und ich mich neutral verhalte. Wenn dabei in irgendwelcher Sache etwas dazu gesagt oder erklärt wird, dann handelt es sich dabei um Ausführungen dessen, wie der wahre Sachverhalt grundsätzlich ist. Dieserart wie ich mich zu einer Sache stelle, bezieht sich mein Wort auch auf die dummen und also unbedachten Demon-

strationen all der Demonstrierenden, die in ihrem Unverstand und in ihrer Verantwortungslosigkeit nicht nur durch Zerstörungen diverser Art und ihr falsches Verhalten immensen Schaden anrichten. Es bezieht sich auch darauf, dass diesbezüglich Erkenntnisse aufweisen, dass die Demonstrierenden in keiner Art und Weise Kenntnis davon haben, was der wirkliche und wahre Grund der Umweltverschmutzung, Umweltzerstörung und Vernichtung alles Lebenswerten ist. Die Wahrheit ist nämlich die, dass all die Demonstrierenden offen oder im Hintergrund von Elementen gelenkt werden, die entweder Fanatiker, Missorientierte, Staatsfeindliche oder Dumme und also Nichtdenkende, oder Irr-Wirre, Besserwisser, gegen das Volk, die Regierung oder die Ordnung usw. feindlich Gesinnte sind, die hinterlistig Menschen – hauptsächlich jüngere – zu Demonstrationen veranlassen. Keine Person all der effektiv dummen Demonstranten aber – dumm eben darum, weil sie selbst nicht denken, sondern in einem Glauben gefangen sind; wie ihnen das indoktrinierend durch ihre Eltern und sonstig Erziehende infolge des Glaubens an Religionen schon in frühester Kindheit eingepaukt wird – sucht nach der effektiven Wirklichkeit und deren Wahrheit. Im Grund gesehen glauben sie einfach den aufhetzerischen und hinterhältigen Elementen und laufen bei Demonstrationen mit, kleben sich mit Sekundenkleber am Boden fest, verursachen tödliche Verkehrsunfälle, beschmieren mit Farbe und Unrat usw. wertvolle Dinge, Skulpturen und Bilder usw. Reine Zerstörungswut wird zur Geltung gebracht, und zwar, ohne dass dabei auch nur ein Gedanke gefasst werden kann, weil der Glaube dies unterbindet.

Bei all den dummen und also zu denken nicht fähigen Demonstrierenden, die in der Regel nicht nur religiös Gläubige, sondern auch weltlich Gläubige sind, ist sowohl die Logik beeinträchtigt, wie auch der Verstand und die Vernunft. Infolge ihrer Dummheit sind ihre Sichtweisen bezüglich der Wirklichkeit derart durchlässig und benebelt, dass sie die effektive wahrliche Wahrheit der Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung weder erkennen, erfassen noch irgendwie verstehen können. Dies, weil ihr Intelligenz dazu nicht ausreicht, und ausserdem ziehen sie wahrheitlich sich selbst und ihr Tun und Lassen nicht mit ein, folglich sie, ohne einen Gedanken bezüglich der Überbevölkerung en masse Nachkommen auf die Welt stellen und damit die Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung erst recht fördern. Die volle Wahrheit liegt nämlich im Grund der Überbevölkerung, denn durch diese wird die ganze Umweltzerstörung, die Umweltverschmutzung und Zerstörung des Klimas und langsam auch der Atmosphäre verursacht. Auch führt sehr vieles andere auf die Überbevölkerung zurück, was nur dadurch gestoppt werden kann, wenn diese wieder auf einen Normalstand resp. eine planetengerechte Normalnorm reduziert wird.

Die effektive Wahrheit ist nämlich, dass alle Umweltzerstörung, Umweltverschmutzung und die langsame Zerstörung der Atmosphäre, die zweifellos mit der Zeit ebenso erfolgt, durch den Klimawandel sowie die schnell voranschreitende Zerstörung des ganzen Planeten Erde durch die verantwortungslosen sowie zahllosen, alles vernichtenden vieltausendfältigen Machenschaften der Überbevölkerung bis zum Gehnichts mehr verursacht werden. Auch werden die Erdressourcen ausgebeutet, und dies in einem Mass, dass die Erde stöhnt und bereits üble Wirkungen verschiedener Art zeigt. Dies, wie auch die Erdressourcen bereits rapid geschwunden sind und bald nichts mehr vorhanden ist, das aus der Erde herausgepresst werden kann, weil einfach nichts mehr vorhanden und alles einmal zu Ende sein wird.

Die ganze Natur des Planeten wird durch die Machenschaften der Überbevölkerung zerstört, die immer grösser wird – verlogen wird wissenschaftlich behauptet, dass es gegenwärtig um 8 Milliarden seien, während es bereits mehr als 9,2 Milliarden sind. Dies, während die Erde in ihrer höchsten Blütezeit dafür ausgelegt war, um eine Gesamtpopulation von höchstens 2 Milliarden zu tragen. Doch der Mensch der Erde hat in bezug auf seine milliardenfachen Nachkommen gewuchert und hat sich derart vermehrt, dass er für das Bestehen des ganzen Planeten sowie für die gesamte Natur und deren Fauna und Flora zur Gefahr des Weiterbestehens geworden ist. Folgedem ist auch die Ausrottung vielen Lebens in seiner Zahl immer höher gestiegen, folglich heute jährlich weltweit über 1000 Gattungen und Arten von Pflanzen, Tieren, Getier, Schleichen sowie Schlangen, Amphibien, Fischen, Vögeln, Bienen, Schmetterlingen, Käfern, Ameisen, Termiten, Wespen, Hornissen und allerlei anderer tausendfältiger Lebensformen von der ganzen Erdoberfläche, in den Wassern und Bergen, in den Lüften sowie auch im Erdreich auf Nimmerwiederrückholbar verschwinden und also ausgerottet werden.

Grundsätzlich nützen Demonstrationen gegen die Umweltverschmutzung und gegen die Umweltzerstörung sowie gegen den Klimawandel und die Erderwärmung usw. nichts, denn wahrheitlich und unaufhaltsam wächst die riesige Masse Menschheit resp. die Überbevölkerung weiter unkontrolliert heran, wodurch die Verschmutzung und Zerstörung des Planeten, der Natur sowie deren Fauna und Flora, unüberwacht immens grassieren und alles Leben langsam aber sicher nicht nur zerstören, sondern ausrotten kann.

Die riesige Masse Überbevölkerung, also die Menschen der Erde, wird ihre zerstörerischen Machenschaften nicht beenden, sondern diese weiterführen, und zwar endlos so lange, bis nichts mehr zu retten ist. Es wird keine Demonstration irgendetwas an Nutzen bringen, um die Umweltzerstörung, die Umweltverschmutzung, das Vergiften der Atmosphäre und den Klimawandel zu stoppen, denn das Gros der Menschen der Erde lässt sich diesbezüglich niemals belehren. Dies, weil durch die ganze Verantwortungslosigkeit das Gros der Erdenmenschheit nur an sich selbst denkt und zudem religionsgläubig und weltlichgläubig dumm und also nichtdenkend ist. Dies hat einerseits eine absolute Gleichgültigkeit zur Folge, wie aber auch die Gesin-

nung, dass andere dafür verantwortlich sind, andere es schon richten und machen werden und mit der Zeit alles in Ordnung gebracht werde oder komme. Nicht wird dabei also auch nur ein Jota gedacht, sondern geglaubt, und es wird weiterhin Nachkommenschaft im Grossen gezeugt und massenweise Nachkommen auf die Welt geschafft, die schon allein durch die Geburt viel Übles an Umweltverschmutzung usw. hervorrufen. Dies ganz zu schweigen davon, was dann diesbezüglich bei deren Heranwachsen und im Erwachsenenalter geschieht, denn die Nachkommenschaft wird gleichermassen handeln wie ihre Erzeuger – Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung werden so gedankenlos ihr Metier sein, wie das beim Gros der Überbevölkerung der Fall ist. Dieses Gros nämlich ist unbelehrbar, so wie die Demonstranten selbst, die nicht begreifen, dass, wenn schon demonstriert wird, dies einerseits friedlich, ohne Gewalt und Zerstörung getan zu werden sollte, wie andererseits die Demonstration bewusst und klar darauf ausgerichtet zu sein hat, was eigentlich im Grunde genommen behoben werden muss. Wenn aber gegen die Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung demonstriert wird, dann kann es in jeder richtigen Weise nur sein, dass die Überbevölkerung bekämpft werden muss, denn diese allein trägt durch ihre Machenschaften die Schuld an aller Verschmutzung und an der Umweltzerstörung, an der Zerstörung des Planeten, der Natur, wie auch an der absolut unwiderruflichen Ausrottung vieler Lebensformen. Also ist es unausweichlich notwendig, dass die Überbevölkerung sehr drastisch reduziert wird, und zwar durch einen kontrollierten weltweiten und mehrjährigen Geburtenstopp. Das allein ist das, was hilfreich sein kann und ist, um alles zu stoppen und zu beenden, was das Grassieren der Umweltzerstörung, das Ausrotten tausendfältiger Lebensformen, wie auch die Umweltverschmutzung und einen Grossteil anderer Übel beenden kann. Das jedoch ziehen die dumm-dreisten Demonstrierenden nicht in Betracht, weil sie ihr sexuelles Gehabe bezüglich der Nachkommenschaftszeugung nicht akzeptieren wollen und dies als reine Privatsache sehen und in ihrem Glauben denken – nach mir die Sintflut.

Billy

Interessant ... Nachrichtengespräch in Deutschland

00:00:00:07 - 00:00:27:06

Sprecher

Das, was ich euch jetzt gleich zeigen werde, werden einige von euch nicht glauben. Und das liegt daran, dass es wirklich unglaublich ist. Aber ich kann euch versichern, das, was ich euch jetzt zeige ist 100% die Realität – unglaublich – und ich habe mich selbst versichert. Und das hier haben echte deutsche Nachrichten verbreitet. Ich möchte euch zeigen, wie unter anderem die USA, aber auch, wie wir die Ukraine unterstützen.

00:00:28:04 - 00:00:55:19

Sprecher

Ich möchte dabei mit der Überschrift anfangen. Die Überschrift lautet «USA fordern die EU auf, der Ukraine endlich Geld zu überweisen». Die US-Regierung fordert von der EU raschere Zahlungen. Teuer sind unter anderem die von den USA gelieferten Waffen. Ich möchte das wiederholen. Das ist kein Scherz, und das fasst diesen Artikel, den ich euch gleich vorlesen werde, schon ziemlich gut zusammen.

00:00:56:22 - 00:01:26:07

Sprecher

Wenn wir darüber sprechen, dann ist dieser Konflikt einseitig stark eskaliert. Man erinnere sich daran, was offiziell behauptet wurde. Ich persönlich will es ehrlich sagen: Auch ich traue Putin und dem, was er in Reden sagt, nicht. Man sollte Dinge immer überprüfen. Glaubt man aber einem Aspekt seiner Rede, dann war es so, dass man zu einem bestimmten Zeitpunkt nahe an einer Einigung war, dass sowohl die Ukraine als auch Russland sahen, dass man einen gemeinsamen Nenner finden könnte.

00:01:26:07 - 00:01:48:16

Sprecher

Aber das was die USA sagte, das braucht ihr nicht, ihr könnt diesen Krieg auch gewinnen und sie können viel bessere Ergebnisse erzielen. Das Ganze würde übereinstimmen mit der Geschichte, die wir in Deutschland erlebt haben, es würde dazu passen. Deutschland wollte nämlich keine schweren Waffen liefern. Aber die USA sagte: Wir werden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, damit Russland verliert.

00:01:50:03 - 00:02:23:07

Sprecher

Das Ganze bekommt jetzt einen vollkommen neuen Anstrich, weil die USA Geld leiht, das sie zurückhaben

möchte. Sie schenken Waffen nicht mal, sie verlieren sie sogar noch teuer. Das heisst, sie vermieten den Ukrainern Waffen. Und passt auf. Ihr werdet geschockt sein, was passiert. Stellen wir hier noch mal klar – bitte erkundigt euch selbst – die EU hat der Ukraine 9 Milliarden Euro an Finanzspritzen zugesagt.

00:02:23:19 - 00:02:49:14

Sprecher

Davon ist erst 1 Milliarde geflossen. Weitere 5 Milliarden sollen noch im September fliessen, der Rest dann bis zum Jahresende. Die US-Beamten sagten der EU, es sei besser, das Geld als nicht rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren statt als Darlehen. Das heisst, die USA rät uns, dass wir an die Ukraine Geld verschenken, damit die Ukraine damit Waffen von den USA mieten können.

00:02:50:09 - 00:03:18:15

Sprecher

Ich möchte das noch mal erwähnen: Das ist kein Witz, was ich euch hier gerade vorlese, auch wenn es mir selbst so vorkommt. Die EU soll einen Mechanismus einrichten, über den automatisch monatlich viel Geld in das ukrainische Budget fliessen kann. Die Ukraine braucht neben den Kriegskosten eine erhebliche Liquidität, weil sie sämtliche von den USA gelieferten Waffen bezahlen muss. Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Washington und Kiew ist der Pachtvertrag der Waffen.

00:03:18:15 - 00:03:43:11

Sprecher

Act 20 22 entspricht einer ähnlichen Vereinbarung, die die USA im Jahre 1951 mit Grossbritannien und der Sowjetunion abgeschlossen hatten. Demnach werden Kriegsgerät, Ausrüstung und Kraftstoff von der US-Regierung an den Partner lediglich verliehen und verpachtet und müssen nach dem Krieg zurückgeführt werden. Weil das Kriegsgerät meist beschädigt oder zerstört wird, haben die Waffen bei Kriegsende oft lediglich Schrottwert.

00:03:44:03 - 00:04:11:20

Sprecher

Daher hat die US-Regierung ein Interesse daran, dass die Ukraine ihre Leasing-Verträge auch pünktlich erfüllen kann. Aber all diese Dinge machen das Ganze nahezu irrwitzig. Alles, was Amerika (aus rein moralischen Gründen) macht, müssen ihm teuer bezahlt werden. Amerika profitiert am meisten davon. Ich verstehe nicht, was wir hier machen, und warum wir all diese gleichgeschalteten Medien haben.

00:04:12:12 - 00:04:45:10

Sprecher

Nichtsdestotrotz, das Ganze wirft doch ein vollkommen anderes Bild auf die Situation. Ich will hier auch gar nicht mehr viel dazu sagen, weil diese Aussage an sich unglaublich ist. Ihr solltet euch das vor Augen führen: Das Geld, das wir jetzt nicht haben. Wenn wir uns überlegen, dass ein Christian Lindner gesagt hat, dass der Staat die Kosten des Volkes nicht dauerhaft tragen könne, dann müssen wir uns vor Augen halten, dass diese Kosten nur daher kommen, dass wir eine Politik haben, die uns diese Kosten durch ein grausames, irrationales Verhalten aufgedrückt hat.

00:04:45:24 - 00:05:15:13

Sprecher

Diese Dinge haben nur für Amerika und dessen Bevölkerung einen Sinn. Für uns heisst es nicht nur, dass wir Kosten haben; nicht nur, dass wir unsere eigene Wirtschaft zerstört haben; nicht nur, dass wir dafür sorgen, dass die armen Menschen in der Ukraine und Russland bleiben, sondern zusätzlich haben wir uns auch noch direkt an diesem Krieg beteiligt, weil wir dafür bezahlen. Ich weiss nicht, was ich dazu noch mehr sagen kann, aber das hielt ich für so gigantisch, dass ich das mit euch teilen musste.

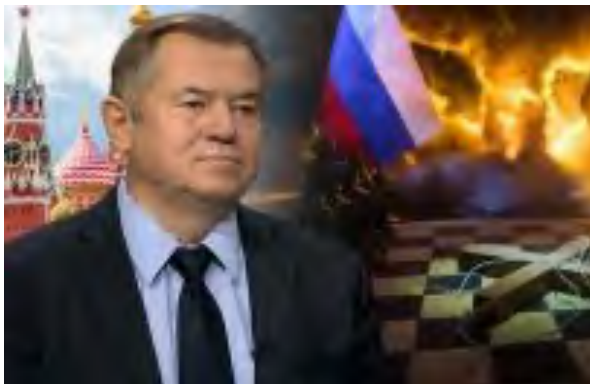
Was ist hier los?

Russland und die Ukraine sind in eine gemeinsame Falle getappt

Im sechsten Teil seines umfassenden Werks «Was passiert?» enthüllt der Akademiker Sergey Glazyev, wie die USA die Ukraine und Russland auf einen Kampf gegeneinander vorbereitet haben.

Wie die Ukraine vorbereitet wurde

Der erste Flug der Orangen Revolution wurde von populistischen Slogans gegen Korruption begleitet. Wir haben es vorgezogen, die eindeutigen Hinweise auf den Nationalsozialismus in der Ideologie der von US-Agenten organisierten Orangen Revolution zu ignorieren, und wir haben die Augen vor dem Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2004 verschlossen, der erstmals Neonazis, die von US-Geheimdiensten gezüchtet wurden, an die Macht brachte.



28.10.2022 11:06; Sergey Glazyev

In der russischen Führungselite wurden von den amerikanischen Einflussagenten zwei komplementäre Ansichten gebildet. Die erste besagt, dass die Ukraine ohne Russland «verrotten» und früher oder später von selbst wieder angebrochen (zu Russland) kommen wird. Die zweite besagt, dass die Ukraine eine Belastung für Russland ist, und dass sie auf eigene Kosten in die NATO gehen soll. Unsere Führung hat lange gehofft, dass der gesunde Menschenverstand die nationalsozialistische Voreingenommenheit der ukrainischen Führungselite überwinden würde, und hat die Augen vor der nationalsozialistischen Propaganda und der Einführung russophober Programme im Schulunterricht verschlossen. All dies setzte sich unter Janukowitsch fort, von dem wir dachten, er sei unser Mann.

Wir haben uns weiterhin von unseren «westlichen Partnern» täuschen lassen - bis hin zum Staatsstreich im Jahr 2014 – und sie beim Wort genommen, dass sie den rechtmässigen Präsidenten Janukowitsch nicht durch von den Nazis gesteuerte Kräfte stürzen würden. Aus irgendeinem Grund haben wir ihnen geglaubt, selbst nachdem sie die Nazi-Verbrecher, die die Macht an sich gerissen hatten, als rechtmässige Behörden anerkannt hatten. Unwillig, etwas zu ändern, glaubte unsere herrschende Elite bereitwillig den Zusicherungen, die Krim als russisch anzuerkennen, unter der Bedingung, dass wir die Ostukraine nicht befreien würden. Wir verstrickten uns in endlose Diskussionen über die sinnlosen Minsker Vereinbarungen und vertrauten naiv auf die Bereitschaft der «westlichen Partner», sie umzusetzen.

Damit haben wir die strategische Initiative verloren und die faktische Legitimierung des Naziregimes in der Ukraine zugelassen und die russische Bevölkerung der Ukraine den von den amerikanischen und britischen Geheimdiensten ausgebildeten Nazis zum Frass vorgeworfen und betrogen. Wir taten so, als ginge uns das nichts an, und rechneten damit, dass die Bevölkerung das russophobe Regime unter der Last einer tiefen sozioökonomischen Krise selbst stürzen würde. Diese erklärte uns jedoch für die Krise verantwortlich und machte Russland in der staatlichen Informationspolitik nach den Grundsätzen von Goebbels zu einem Feind des ukrainischen Volkes.

Nachdem wir erreicht hatten, dass wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischen, krepelten die «westlichen Partner» die Ärmel hoch und machten sich daran, den russisch-ukrainischen Konflikt vorzubereiten. Die totale Russophobie hat alle Medien, die Kultur und das Bildungswesen erfasst. Repressionen und sogar Ermordungen richteten sich nicht nur gegen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die mit Russland sympathisierten, sondern auch gegen diejenigen, die den Nationalsozialismus einfach ablehnten. Die Armee wurde von amerikanischen Sicherheitsdiensten und britischen Ausbildern modernisiert und auf den Krieg mit Russland vorbereitet.

Die ganze Zeit nach dem Putsch betrieben die «westlichen Partner» intensive Propagandaarbeit mit jungen Menschen, um die ukrainische Bevölkerung für den Krieg mit Russland zu schulen. Die acht Jahre reichten aus, um eine kampffähige Armee aufzustellen und auf der Grundlage der bisherigen Arbeit eine nationalsozialistische Weltanschauung zu etablieren.

Zuerst zuschlagen: Vorteile und Risiken

Seit Ende 2021 versuchen Washington und London, einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland anzuzetteln, indem sie den Eindruck einer bevorstehenden Offensive der ukrainischen Streitkräfte gegen die DNR (Donezk Volksrepublik) und die LNR (Lugansk Volksrepublik) erwecken. Diese Offensive hätte wahr-

scheinlich auch stattgefunden, wenn wir nicht zuerst zugeschlagen hätten. Wie unser Präsident einmal in einer anderen Situation sagte: Wenn ein Kampf unvermeidlich ist, müssen wir zuerst zuschlagen.

In der Entscheidung über die Spezielle militärische Operation ist der Wunsch zu erkennen, dass sich die Situation vom 22. Juni 1941 nicht wiederholen sollte, als Stalin trotz der Informationen aus verschiedenen Quellen über die Vorbereitung der deutschen Invasion nicht die notwendigen Massnahmen zur Vorbereitung der Abwehr ergriff. Obwohl unsere Militärdoktrin gerade auf seiner Einrichtung einer schnellen Abwehr der Aggression und Verlegung der Feindseligkeiten auf das Territorium des Feindes beruhte. In Wirklichkeit haben die Nazis, indem sie den Überraschungsfaktor nutzten, in den ersten Tagen des Krieges einen grossen Teil unserer militärischen Ausrüstung zerstört und hatten die strategische Initiative bis zur Gegenoffensive unserer Truppen bei Moskau. Auch hier handelte es sich um eine reflexartige Kontrolle durch die deutsche Diplomatie und den Nachrichtendienst.

Ein Erstschlag bringt kurzfristig offensichtliche Vorteile, birgt aber mittelfristig ernsthafte Risiken, wenn das Ziel der Operation nicht schnell erreicht wird. Präventivschläge ermöglichen eine kurzfristige strategische Initiative im militärischen Bereich, schaffen aber Probleme im diplomatischen, rechtlichen und ausserwirtschaftlichen Bereich. Die Wirkung einer präventiven Militäroperation nimmt in dem Masse ab, wie es dem Gegner gelingt, Verbündete zu finden, um eine Invasion abzuwehren, und wird vollständig zunichte gemacht, wenn die strategische Initiative verloren geht.

In diesem Fall brauchte der Gegner keine Verbündeten zu finden, denn das ukrainische Regime ist von Natur aus eine Marionette und wird ausschließlich von den USA, der NATO und der EU unterstützt. Und sie waren so gut auf eine Invasion der russischen Streitkräfte vorbereitet, dass sie bereits vor deren Beginn kollektive Entscheidungen zur Abwehr und zur Verhängung von Sanktionen gegen Moskau trafen.

Wie Russland getäuscht wurde

Das Vertrauen in den raschen Zusammenbruch des russophoben Regimes und die Unterstützung durch die russische Bevölkerung vor Ort sowie Angaben von Informanten vor Ort und in den Medien verbreitete «Leaks» von Meinungen US-amerikanischer Militäranalysten über die aussichtslose Lage der ukrainischen Armee im Falle eines Krieges mit Russland haben falsche Illusionen über einen möglichen Blitzkrieg geweckt. Die eigentliche Führung der Ukraine kommt jedoch aus Washington, wo die Geheimdienste sorgfältig zahlreiche Fallen für den Fall unserer Invasion vorbereitet haben.

Die USA und ihre Verbündeten haben ihre Botschaften im Vorfeld aus der ukrainischen Hauptstadt abgezogen, die Medien vorbereitet und die Weltöffentlichkeit auf eine russische Invasion eingestimmt, militärische Aufklärung organisiert und Fallen der ukrainischen Streitkräfte auf den Routen unserer Panzerkonvois eingerichtet. Sie haben uns mit vorbereiteten Sanktionen belegt, indem sie zunächst die Führung der russischen Zentralbank überredeten, die Devisenreserven in Dollar und Euro zu maximieren, und die russischen Staatsbanken überredeten, Gold zu exportieren.

Offensichtlich hat Washington auf unsere Invasion gewartet und gewollt, was es den USA ermöglichte, die globale hybride Kriegsführung in einen Modus der Konsolidierung aller Ressourcen des Westens unter ihrer Führung zu überführen. Noch nie hat die Russophobie in Europa solche Ausmasse angenommen. Russland ist nach dem amerikanisch-britischen Szenario in einen Krieg mit dem gesamten Westen hineingezogen worden.

Ist es ihnen alles gelungen?

Durch die Manipulation der Entscheidungsfaktoren in Schlüsselbereichen der russischen Politik mit den Mitteln der reflexiven Kontrolle setzt Washington seine geopolitische Strategie erfolgreich um. Bislang haben die USA Folgendes erreicht:

- die Konsolidierung praktisch aller westlichen Länder gegen Russland (die Gesamtzahl der uns gegenüber feindlich gesinnten Ländern hat 49 erreicht);
- die Unterwerfung der politischen Eliten der europäischen Länder unter ihren Einfluss, die Manipulation der Europäischen Union, die Verdrängung der russischen Exporte durch alternative Lieferungen von Öl, Gas und anderen Gütern;
- die Bildung einer antirussischen öffentlichen Meinung durch die globalen Medien;
- die Beschlagnahmung russischer staatlicher Währungsreserven in Höhe von 400 Milliarden Dollar, was aus makroökonomischer Sicht die Kredite an die Ukraine für die Lieferung von militärischer Ausrüstung mehr als ausgleicht;
- Ein Präzedenzfall für die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Beschlagnahme von Vermögenswerten russischer natürlicher und juristischer Personen in Kanada und London, die auf alle russischen Vermögenswerte in den USA und in Europa im Gesamtwert von über 1 Billion USD ausgedehnt werden kann;
- Verstärkte Produktion von Militärausrüstung und High-Tech-Produkten, die von NATO-Ländern geliefert werden, um die in die Ukraine gelieferte Ausrüstung aus der Sowjetzeit zu ersetzen, sowie die kostenlose Entsorgung von veralteter Ausrüstung und Munition auf ukrainischem Gebiet;

- Konsolidierung der ukrainischen Bevölkerung aus antirussischen Gründen;
- eine starke Schwächung der Position des Moskauer Patriarchats, der letzten Institution, die unsere Nationen verbindet – indem die Verbindungen mit Ukrainisch-Orthodoxe Kirche abgebrochen sind.

Geht man davon aus, dass das beschlagnahmte russische Vermögen konfisziert wird, beläuft sich der Nettogewinn der USA und ihrer Verbündeten bei dieser Operation auf über 0,5 Billionen Dollar, abzüglich der Darlehen an die Ukraine zum Kauf von Militärgütern aus Lagerbeständen und deren Ersatz durch einheimische Produktion. Kurzfristig haben die USA ihre Ziele ohne Kosten und ohne Verluste erreicht, abgesehen vom Tod einiger hundert Söldner.

Der Krieg gegen Russland wird auf Kosten der Beschlagnahmung und eventuellen Konfiszierung russischer Vermögenswerte, russischer Waffen und der ukrainischen männlichen Bevölkerung geführt, die von den US-Sicherheitsdiensten zu Kanonenfutter gemacht wird. Die Verluste der Ukrainischen Streitkräfte sind für Washington nichts weiter als Verbrauchsmaterial. Der Krieg in Europa wurde in den USA immer als «guter Krieg» betrachtet, und sie werden zweifellos versuchen, ihn so weit wie möglich zu verlängern.

Sergey Yuryevich Glazyev (1. Januar 1961 in Zaporozhye) ist ein russischer Ökonom und Politiker. Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor, Akademiker der Russischen Akademie der Wissenschaften (seit 2008), derzeitiges Vorstandsmitglied (Minister) für Integration und Makroökonomie der Eurasischen Wirtschaftskommission*

<https://legitimist.ru/sight/politics/2022/sergej-glazev.-chto-proisxodit-rossiya-i-ukraina-ugodili-v-obshhuyu-lo.html>

Wladimir Putin: Die neue «Cancel Culture» ist eine «umgekehrte Diskriminierung»

Originalquelle 27.10.2021 Medien, Politik

Einmal im Jahr hält der russische Präsident Wladimir Putin auf der Valdai-Konferenz eine Rede. Diesmal hat sich der Politiker kritisch zu Gender und Cancel Culture geäußert. Die Rede des Staatschefs war eine Generalabrechnung mit den Tendenzen im Westen, der alte Traditionen über Bord wirft, um diese durch neue zu ersetzen. Wir dokumentieren in Auszügen.

Die Valdai-Konferenzen sind die wichtigsten geopolitischen Diskussionsrunden Russlands. Auch in diesem Jahr hat der russische Staatschef eine Rede gehalten, in der er mit dem Westen erneut abrechnet.

Zur **Migrationsfrage** sagte er: «Die gegenseitige Vermischung der Völker ist zweifellos bereichernd. Offenheit erweitert den Blick und ermöglicht ein anderes Verständnis der eigenen Tradition. Dieser Prozess sollte jedoch organisch sein und geht nicht schnell.»

Zur **Geschlechterfrage** betonte er: «Irgendwer in den westlichen Ländern ist davon überzeugt, dass die aggressive Auslöschung ganzer Seiten der eigenen Geschichte, die «umgekehrte Diskriminierung» der Mehrheit zugunsten von Minderheiten oder die Forderung, das übliche Verständnis von so grundlegenden Dingen wie Mutter, Vater, Familie oder sogar dem Unterschied zwischen den Geschlechtern aufzugeben, dass das ihrer Meinung nach Meilensteine der Bewegung zur sozialen Erneuerung sind.» Und der merkt an: Die Debatte über die Rechte von Männern und Frauen ist in einer Reihe von westlichen Ländern zu einem völligen Hirngespinnst geworden.

Zum Thema **Gender** betont er: «Der Kampf für Gleichheit und gegen Diskriminierung wird zu einem aggressiven Dogma am Rande der Absurdität, wenn die grossen Autoren der Vergangenheit – zum Beispiel Shakespeare – nicht mehr in Schulen und Universitäten gelehrt werden, weil sie, ihre Ideen, wie man glaubt, rückständig sind. Die Klassiker werden für rückständig erklärt, da sie die Wichtigkeit von Gender oder Rasse nicht verstehen.» Und der fügte hinzu: «Hollywood schreibt vor, wie ein Film sein und wovon er handeln soll, wie viele Figuren welcher Hautfarbe oder welchen Geschlechts darin vorkommen sollen. Das ist schlimmer als die Agitations- und Propagandaabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.»

Zu **Cancel Culture** merkt er an: «Sich dem Rassismus entgegenzustellen, ist eine notwendige und edle Sache, aber in der neuen «Cancel Culture» wird daraus eine «umgekehrte Diskriminierung», also ein umgekehrter Rassismus.»

Im westlichen **«Neusprech»** sieht der russische Staatspräsident letztendlich eine Renaissance des sowjetischen Kulturregimes der 1920er Jahre hervorbrechen. «Die Eiferer der neuen Ansätze gehen so weit, dass sie diese Begriffe selbst abschaffen wollen. Diejenigen, die zu sagen wagen, dass es Männer und Frauen gibt und dass das eine biologische Tatsache ist, werden regelrecht geächtet. «Elternteil Nummer eins» und «Elternteil Nummer zwei», «gebärender Elternteil» anstelle von «Mutter», ein Verbot der Verwendung des Begriffs «Muttermilch» und dessen Ersetzung durch «menschliche Milch» – damit sich Menschen, die sich über ihr eigenes Geschlecht nicht sicher sind, nicht aufregen.»

Münster als Stadt des «Westfälischen Friedens» und ihre Schändung durch das Treffen der G7 Aussenminister.

Von Willy Wimmer, 04 November 2022



Wenn sie Geschichte und Geist der zukunftsweisenden Bedeutung von Münster begriffen haben würden, könnte man das in diesen Stunden und Tagen in Münster stattfindende Treffen der G7 Aussenminister und ihrer Gastkollegen nur begrüßen. So aber treffen sich in Münster Aussenminister aus den eingeladenen Staaten, deren Sinnen und Trachten seit langem darauf gerichtet ist, die regelbasierte internationale Ordnung in der Form der geltenden Regeln des Völkerrechts zu zerstören und durch eine Herrschaftsform von amerikanisch bestimmtem Faustrecht zu ersetzen. Jedenfalls gilt das für die G7 Aussenminister als Institutionen. Ihre afrikanischen Gäste können sicher sein, dass sie nicht eingeladen worden wären, wenn es den G7 nicht darum gehen würde, die Front gegen Moskau aktuell um jene Staaten anzureichern, bei denen Moskau auf eine Menge Verständnis derzeit und längerfristig stösst.

An der Spitze dieser Front marschiert die deutsche Aussenministerin, Frau Baerbock, die die deutsche Aussenpolitik rasend schnell in die absolute Gefolgschaftstreue ungeahnten Ausmasses von Washington gebracht hat. Gegenwehr zu dieser Pattex- Politik von «extinction dominance» ist in dem Berliner Politikbetrieb der «schwarzen Felsen» nicht zu erwarten. So sieht «gleichgeschaltet» aus, wenn man eine Partei einmal ausser Betracht lässt und deren unermüdlichen Einsatz für den europäischen Frieden, der guten Nachbarschaft und des Respektes voreinander. Diese eindeutige Haltung ist für die Einheitsmehrheit, inklusive der Partei «die Linke» ein Grund mehr, diese Partei deshalb weiter auszugrenzen, um eine Attraktivität ihrer Ansichten erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Die politische Schändung der Bedeutung von Münster für das Völkerrecht durch das derzeitige G7-Treffen resultiert aus zwei Aspekten. Einmal hat Münster gezeigt, dass wahrer Friede nur möglich ist, wenn alle Parteien gleichberechtigt an einer Friedenslösung mitwirken können. Dazu sind die G7 Aussenminister weder fähig noch willens. Der französische Präsident Macron hat das in diesem Jahr deutlich gemacht, als er vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine Moskau besuchte. Er mahnte an, dass Moskau das Recht habe, gehört zu werden und Antworten zu erhalten. Genau das verweigern die G7 nicht nur Moskau sondern allen anderen Staaten. Unterwerfung ist abgesagt und die Beseitigung von politischen Kräften wie US-Präsident Trump, der den Geist von Münster gegenüber Russland umsetzen wollte.

Es ist aber die regelbasierte Ordnung der Charta der Vereinten Nationen, die sich durch die G7 im amerikanischen Interesse in Luft auflösen soll. Scheinbar ist amerikanische Vormacht nicht mehr gewährleistet, wenn die völkerrechtliche Ordnung als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges die Zukunft bestimmen sollte. Die UN-Charta war gleichbedeutend mit der Ächtung des Krieges. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien haben die USA das Völkerrecht zerschossen. Man muss nicht nur in Münster das Völkerrecht vor denen schützen, die sich jetzt in Münster getroffen haben. Das hat Münster nicht verdient, in einem Atemzuge mit Versailles genannt zu werden.

Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/muenster-als-stadt-des-westfaelischen-friedens-und-ihre-schaendung-durch-das-treffen-der-g7-aussenminister/>

Babys im Fadenkreuz der Impfung

von Sabine Escucha Schneider
hwludwig Veröffentlicht am 4. November 2022

Offizielle Sterblichkeitszahlen, die auf der Grundlage von Daten aus 29 europäischen Ländern zusammengestellt wurden, zeigen, dass seit der ersten Zulassung des Impfstoffs Covid-19 für Kinder durch die EMA (EU-Arzneimittel-Behörde) wöchentlich eine steigende Zahl von Todesfälle bei den 0-14-Jährigen zu verzeichnen ist. Nach der EMA-Zulassung der Covid-19-Injektion für Kinder ab 5 Jahren sind die überzähligen Todesfälle bei Kindern im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021 im gesamten Jahr 2022 um 755% gestiegen. Dessen ungeachtet hat kürzlich die EMA für zwei Corona-Impfstoffe sogar eine Freigabe-Empfehlung für Babys ab 6 Monaten erteilt. Was für eine organisierte Kriminalität ist das? – Nachfolgend eine Stellungnahme der «Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie». (hl)



Babys im Fadenkreuz der Impfung

Presse Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD)

Ein Aufschrei ging durchs Netz als eine Kinderarztpraxis auf ihrer Webseite schrieb, dass man dort nur geimpfte Babys ab 6 Monaten behandeln wolle. Was war passiert? Die EU-Arzneimittelbehörde EMA hat kürzlich für zwei Corona-Impfstoffe eine Freigabe-Empfehlung für Babys ab 6 Monaten erteilt. Tausende von Lesern bezogen wohl die Vorgabe der Praxis auch auf die Corona-Impfung und schrieben empörte Kommentare. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Lesart bezüglich Baby-Impfung auf der Kinderarzt-Webseite abgemildert.

Immerhin gibt es hierfür derzeit keine Empfehlung der STIKO (Ständige Impfkommission), die Entscheidung der STIKO steht noch aus. Die Kontroverse aber ist losgetreten. STIKO Chef Mertens bezeichnete Corona inzwischen als «endemische» Infektion, also eine nur in bestimmten Regionen in gleichbleibenden Erkrankungszahlen auftretende Infektion, bei einer Pandemie ist die Ausbreitung weltweit.¹ Er als Vater würde die Impfung eines 7-jährigen Kindes nicht empfehlen.²

Ein Blick auf die Statistik der Übersterblichkeit bei Kindern zeigt uns, dass die schrittweisen Lockerungen der EMA-Zulassung, erst für Kinder ab 12 Jahren, dann ab 5 Jahren zeitgleich einherging mit einem Anstieg der überzähligen Todesfälle von Kindern um 755%! (siehe Euromomo)³. Jedwedes Drängen auf Corona-Impfung erscheint in diesem Zusammenhang höchst kriminell.

Auffällig ist derzeit, dass überhaupt eine kritische Diskussion Eingang in einen Teil der üblichen Medien gefunden hat. So verließen sogar die öffentlich-rechtlichen Sender in ihren Dokumentationen ARD (20.10.22), ARTE (18.10.22) und MRD (14.10.22) ihre Verleumdungshaltung. Das ist neu. Und überfällig.

Was sagen die Mediziner und Wissenschaftler der Initiative MWGFD dazu?

Diese Initiative hat von der ersten Sekunde an vor den neuartigen, unzureichend geprüften mRNA-Impfstoffen gewarnt. Einer der anerkanntesten und erfahrensten Mikrobiologen der Welt, Prof. Sucharit Bhakdi, erklärte früh, warum schädliche Auswirkungen zu erwarten sein würden und warnte eindringlich vor dieser Impfung. Heute, zweieinhalb Jahre nach Beginn der sogenannten Corona-Krise Anfang 2020 wissen wir sehr genau, wie recht er hatte. Das Virus selbst hat zwar nicht das Gesundheitssystem zum Zusammenbruch gebracht, aber die Massnahmen zeigen immer mehr ihre katastrophalen Auswirkungen.

So rächt sich jetzt bitter, dass eine mRNA-Impfung nicht wie bisher bei Arzneimitteln üblich, sorgfältig getestet wurde, sondern, dass im Gegenteil alle, aber auch alle bis dahin gültigen Arzneimittel-Sicherheitsrichtlinien willkürlich über Bord geworfen wurden. Sodass alle Menschen, die seither die Corona-Impfung

bekommen haben, Teil eines Experiments wurden, also streng genommen Studienteilnehmer sind. Das wird wohl nur den wenigsten so klar gewesen sein. Immer klarer hingegen fallen die fatalen Impf-Nebenfolgen ins Auge.

Aktuelles Wissen über die Wirkung genbasierter (Impfstoffe)

Der Körper bekommt, anders als bei herkömmlichen Impfstoffen, nicht ein inaktiviertes Virus gespritzt, sondern nur die Erbinformation für die Herstellung des Erkennungsmerkmals eines Corona-Virus, nämlich des Stachelproteins (Spike-Protein). Damit werden die Körperzellen dazu gebracht, dieses Stachelprotein selbst herzustellen, so dass das Immunsystem daran den Feind erkennen soll und Antikörper gegen das Corona-Virus entwickeln möge. Wenn ein Corona-Virus in unseren Körper eindringt, erkennt unser Immunsystem den Eindringling und zerstört das Virus als auch von ihm befallene Zellen.

Mit der Impfung aber werden völlig gesunde Körperzellen dazu gebracht, das Merkmal eines Eindringlings an ihrer Oberfläche zu zeigen. Sie sind fälschlicherweise damit als fremd markiert und werden vom Immunsystem zerstört. Der Bauplan für das Spike-Protein ist in kleine Fettkügelchen gebettet, diese gelangen zuerst ins Blut, die innere Gefäßwand wird als erstes geschädigt, das führt zu Gerinnseln und ermöglicht auch den Übertritt in alle möglichen Organe.⁴

So kommt es schnell zu den gefürchteten Hirnvenenthrombosen, Schlaganfällen, Herzinfarkten, Herzmuskelentzündungen, aber auch zu neurologischen Zuckungen und sonstigen Schädigungen im Körper, vor allem in den Immunzellen der Lymphknoten selbst. Die weltweiten Statistiken für die Nebenwirkungen und Todesfälle sind erdrückend.⁵

Eine Übersterblichkeit wurde in Deutschland nicht unter Corona beobachtet, sondern erst seit Beginn der Impfungen.⁶ Mittlerweile ist bekannt, dass die Corona-Impfungen nicht vor Ansteckung schützen, auch nicht vor der Weitergabe des Virus, nicht einmal vor schweren Krankheitsverläufen.

Deren Häufigkeit war sowieso nicht so gross, wie uns die Panikmache weismachen wollte.

Fazit

In unseren Augen ist es daher kriminell, bei dieser Datenlage die vorläufige Zulassung der betreffenden mRNA-Impfstoffe in eine ordentliche umzuwandeln. Nun sollen die bis vor kurzem noch als experimentell geltenden Impfstoffe auch noch Babys ab 6 Monaten verabreicht werden! Nach der EMA-Empfehlung gilt die Zulassung für die Babys nur noch als reine Formsache.

Die massive Propaganda und Nötigung zur Impfung betrachten wir ebenfalls als ein Verbrechen an der Menschheit, denn Todesfälle im Zusammenhang mit der mRNA-Impfung sind bereits durch das Paul-Ehrlich-Institut anerkannt. Geradezu pervers erscheint die Verharmlosung, wenn Pflaster mit Marienkäfern oder Glückskleeblättern auf die Einstichstelle geklebt werden oder Impf-Spielzeug für unsere Kleinsten im Supermarkt erhältlich ist.⁷ Dieser «Pieks» ist lebensgefährlich. Die schockierenden Fakten liegen auf dem Tisch. Keiner kann heute mehr sagen, er habe es nicht gewusst.

Es ist daher auch völlig inakzeptabel, dass eine Kinderarztpraxis zur Impfung drängt oder gar nötigt. Ärzte müssen ihren ärztlichen Eid/ihr Gelöbnis befolgen, und so steht es auch in ihrer Berufsordnung. Das bedeutet, sie dürfen zu allererst ihren Patienten nicht schaden, sondern sollen ihnen bei der Heilung helfen.

An dieser Stelle möchten wir an alle Kollegen appellieren, die ausdrücklich in § 2 ihrer Berufsordnung verbriefte Rechte auch ausüben. Sie müssen und dürfen sich nicht zum Handlanger von Nicht-Ärzten und politischen Interessen machen. Ihnen allen kommt dieser Tage eine wichtige Rolle zu, schützen Sie die Menschen, die bei Ihnen Hilfe suchen.

Kinder waren zu keinem Zeitpunkt der sogenannten Corona-Krise besonders gefährdet, durch Sars Cov2 zu erkranken. Dies wurde vor kurzem noch vom Gesundheitsministerium für Kinder unter 5 Jahren bestätigt. Ihr Immunsystem befindet sich noch in der Entwicklung. Deswegen ist es sinnlos und unnötig gefährlich, ihrem Immunsystem diese Arbeit abnehmen zu wollen. Sie brauchen sozusagen auch Erkrankungen, damit ihr Immunsystem lernt und gesund und stark wird. Das trifft natürlich in besonderem Masse für Babys zu, die ja auch durch die Muttermilch beste Immunabwehr noch aufbauen. Diese Mechanismen sind so alt wie die Menschheit. Und nun wollen Regierungen und Pharmakonzerne besser sein als der liebe Gott?

Impfungen machen nur Sinn für wirklich sehr lebensgefährliche Erkrankungen mit hohen Todesraten wie z.B. Tollwut oder Ebola. Die Eltern werden völlig zu Unrecht verunsichert und sie sollten angesichts der Datenlage keinesfalls ihre Kinder, schon gar nicht Babys mit den unzureichend geprüften mRNA-Impfstoffen impfen lassen. Auch die anderen Impfstoffe sind in Laufe der Jahre durch problematische Hilfsstoffe immer schädlicher geworden (siehe auch <http://www.childrenshealthdefense.org>), sodass eine Befürwortung nicht vertretbar ist. Erwachsene sollten diese Dinge beurteilen können, aber Kinder haben gleich gar keine Chance mehr, wenn ihre Eltern selbst hilflos sind. Wir stellen Ihnen deshalb bestmöglich alle notwendigen Informationen zur Verfügung, damit Sie immer eine selbstbestimmte, verantwortliche Entscheidung treffen können.

Eine Frage stellt sich allerdings noch: Sollte dieser Kinderarztpraxis-Vorstoss vielleicht sogar ein Versuchsballon sein? Frei nach dem Motto, was schon Jean Claude Juncker während seiner EU-Amtszeit sagte: Wir machen etwas, dann warten wir die Reaktion ab. Wenn keine kommt, machen wir einfach weiter. Gut, dass es schon diese massive Reaktion im Netz gab und übliche Medien ins Wanken kommen. Jetzt sind Ärzte, Eltern, Journalisten, Richter gleichermaßen gefordert, einen Riegel vorzuschieben.

Verhalten Sie sich verantwortlich, ihr Kind ist kein Versuchstier. Finger weg von mRNA-Impfungen.

1 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/stiko-chef-corona-ist-mittlerweile-endemisch,TLTQjSW>

2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235410332/Stiko-Chef-wuerde-sein-Kind-derzeit-nicht-impfen-lassen.html>

3 <https://uncutnews.ch/warum-sind-die-todesfaelle-bei-kindern-in-europa-um-755-gestiegen-seit-die-ema-den-covid-impfstoff-fuer-kinder-zugelassen-hat/>

4 Prof. Dr. Sucharit Bhakdi. Erläuterung zur Wirkung der mRNA-Impfung: <https://www.bitchute.com/video/xp5iPmRQyzFq>

5 www.mwgfd.de/2021/11/auf-ruf-zur-verteilung-dieses-mwgfd-d4ce-und-aefa-informationsschreibens-haftungsbescheid-an-aerztinnen-und-aerzte-sowie-behoerdenleiter; Comparison of hospitalizations and deaths from COVID-19 2021 versus 2020 in Italy: surprises and implications [version 1; peerreview: 2 approved] (<https://f1000research.com/articles/10-964/v1>) www.canadiancovidcarealliance.org

6 Christof Kuhbandner and Matthias Reitzner, Excess Mortality in Germany 2020-2021, <https://osf.io/v62dw>

7 <https://www.aldi-nord.de/angebote/aktion-mo-24-10/rollenspiel-set-1011410-0-0.article.html>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/04/babys-im-fadenkreuz-der-impfung/>

Prof. Sönnichsen trotz im Disziplinarverfahren den «Inquisitoren» der Ärztekammer

hwiludwig Veröffentlicht am 1. November 2022

Prof. Andreas Sönnichsen, ehemals Leiter der Allgemeinmedizin an der Medizinischen Universität Wien, hat von Anfang an immer wieder kritisch zur Corona-Politik Stellung bezogen. Seine sachliche wissenschaftsbasierte Argumentation hatte Gewicht. Das brachte dem unerschrockenen Wissenschaftler und Arzt Disziplinarverfahren österreichischer Ärztekammern ein, so zuletzt der Ärztekammer Salzburg. In einem offenen Brief beschied er nun den «sehr geehrten Inquisitoren», dass er der Vorladung nur folgen werde, wenn sie seine Reise- und Anwaltskosten übernehmen. Er sei gerne bereit, mit ihnen einen wissenschaftlichen Diskurs über Sinn und Unsinn der COVID-Impfung zu führen.

Bereits zuvor war Prof. Sönnichsen vom Disziplinarrat der Ärztekammer Wien zu einer Strafe von 5000 € verurteilt worden, die aber auf seine Beschwerde vom Verwaltungsgericht Wien aufgehoben wurde, das beschied, seine Äusserungen beruhten auf einer faktischen Grundlage und seien von der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gedeckt.

Wie es beim Originaltext-Service OTS der Austria Presse Agentur heisst, entsprechen «disziplinarrechtliche Verfahren vor der Ärztekammer nicht annähernd rechtsstaatlichen Standards, wie sie etwa vor Gericht garantiert sind. So etwa verlangt die Ärztekammer den Ausschluss der Öffentlichkeit. Medizinische Gutachten werden nicht zugelassen und die Anklagebehörde fungiert gleichzeitig auch als beurteilende Behörde – was an Inquisitions-Prozesse erinnert. Inkrimierte Ärzte müssen ausserdem für ihre Kosten selbst aufkommen – egal wie das Verfahren ausgeht.»

Die öffentlich-rechtlichen Ärztekammern sind eben noch Einrichtungen des hierarchischen, alles regulierenden und disziplinierenden Obrigkeitsstaates, die den Übergang in eine freiheitlichere Gesellschaftsordnung überdauert haben, in der die Demokratie aber vielfach noch eine formale Simulation bleibt.

Nachfolgend der offene Brief von Prof. Sönnichsen:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Inquisitoren der Salzburger Ärztekammer, vielen Dank für die Terminverlegung in oben genanntem Disziplinarverfahren gegen mich. Sie haben leider vergessen, der Einladung eine Kostenübernahmeerklärung für sämtliche logistische und Anwaltskosten im Zusammenhang mit diesem unsinnigen Verfahren beizulegen. Sollte diese nicht folgen, werde ich auch an dem neuen Termin nicht erscheinen und auch keinen Anwalt bezahlen, der den Sitzungstermin wahrnimmt. Wie bereits in früherem Schriftverkehr mit der Österreichischen Ärztekammer mitgeteilt, bin ich gerne bereit, mit Ihnen einen wissenschaftlichen Diskurs über Sinn und Unsinn der COVID-Impfung zu führen – ich wiederhole: Aus wissenschaftlicher Sicht ist die COVID-Impfung von gesunden Menschen, insbesondere gesunden Kindern und Jugendlichen ein Verbrechen, weil der Schaden wesentlich grösser ist als der Nutzen. Gerne füge ich die von mir federführend erstellte Evidenz-Zusammenfassung zur COVID-Impfung bei. Inzwischen ist weitere überwältigende Evidenz für die Schädlichkeit der Impfung zutage gekommen, die ich Ihnen bei Interesse gerne zur Verfügung stelle.

Der hippokratische Eid, das Genfer Gelöbnis, der Nürnberger Kodex und der empathisch-gesunde Menschenverstand verpflichten mich daher als Arzt, Impfbefreiungssatteste auszustellen, wenn ein korrupter Staat und eine noch korruptere Ärztekammer, die aus Marionetten der Pharmaindustrie besteht, die Men-

schen zu einer potenziell tödlichen Impfung nötigen. Zu Ihrer Erbauung empfehle ich Ihnen einen Blick auf die Webseite <http://www.ich-habe-mitgemacht.de> und fordere Sie hiermit mit Nachdruck auf, von ihrer Hetze gegen Kolleginnen und Kollegen endlich abzulassen, die lediglich ihrem ärztlichen Gewissen und Ethos folgen. Kehren Sie endlich zu einer die Menschenwürde achtenden, empathischen und wissenschaftsbasierten Medizin zurück!

Wenn Sie sich und die österreichische Ärzteschaft nachhaltig blamieren wollen, können wir dieses Verfahren gerne bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. Sicher ist Ihnen bekannt, dass inzwischen einige Länder die Impfung von Kindern und Jugendlichen genau aus den von mir dargelegten Gründen verboten haben (z.B. Dänemark). Von Impfpflicht ist nirgends mehr die Rede. Nur in Deutschland und Österreich wird dieser menschenverachtende Unsinn weiter auf die Spitze getrieben, und Sie tragen dazu bei und schädigen damit nachhaltig den Ruf der Ärzteschaft in unserem Land. Packen Sie sich bei der eigenen Nase und lassen Sie mich endlich in Ruhe. Warum darf ein Herr Thalhammer von der Med-Uni Wien ungestraft vollkommenen Blödsinn verbreiten und behaupten, dass alle Ungeimpften sterben werden (siehe Kurier u.a. Quellen). Ich bin täglich aufs Neue fassungslos über so viel Dummheit, die dann auch noch von der Ärztekammer gedeckt wird.

Mit freundlichen Grüßen,
Univ.-Prof. Dr. med. Andreas Sönnichsen

Anmerkungen:

Covid: Ärztekammer blitzt mit Disziplinarverfahren gegen massnahmenkritische Ärzte ab | ICI – Initiative für evidenzbasierte Corona Informationen, 19.10.2021 (ots.at)

Quelle: <https://tkp.at/2022/10/27/disziplinarverfahren-soennichsen-per-offenen-brief-an-salzbuerger-aerztekammer/>
<https://www.gesundheit-oesterreich.at/wp-content/uploads/2022/07/2022-07-26-Evidenzzusammenfassung-COVID-Impfung.pdf>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/01/prof-sonnichsen-trotzt-im-disziplinarverfahren-den-inquisitoren-der-arztekammer/>

Die Kosten leichtfertig verspielter Neutralität

Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit», VERÖFFENTLICHT AM 28. OKTOBER 2022

Eine bedeutende Persönlichkeit hat die politische Entwicklung der Schweiz in den letzten vierzig Jahren wie keine andere bestimmt.

Ihm, Christoph Blocher, verdankt die Schweiz, dass sie jetzt nicht in die EU eingebunden ist, wo diese EU im Desaster untüchtig gewordener Überschuldung, ausser Kontrolle geratender Inflation, uferloser Kosten für Scheinflüchtlinge und im zunehmenden Energieversorgungs-Schlamassel zu versinken droht. Selbst einigen seinerzeitigen EWR- und EU-Turbos beginnt allmählich zu dämmern, welche Vorteile die Schweiz aus der ihr verbliebenen Handlungsfähigkeit gerade in Krisenzeiten zieht.



Neutralität geopfert

Und dieser Ausnahme-Politiker legt jetzt aufgrund eigenständig angestrebter Recherchen vor, was uns die Medien seit Monaten vorenthalten. Diese Medien geben zwar vor, die Ukraine werde von einem Krieg heim-

gesucht, wo Gute gegen Böse kämpfen, wo die Guten zu unterstützen, der Böse aber zu bestrafen sei. Ignazio Cassis, Wortführer der schweizerischen Aussenpolitik, hat als angebliche Solidaritätsleistung zugunsten der Guten sogar die schweizerische Neutralität preisgegeben.

Seit über zweihundert Jahren ist diese Neutralität völkerrechtlich garantiert. Wer sie verletzt, verletzt also Völkerrecht. Es ist jene Neutralität, die der Schweiz, den Schweizerinnen und den Schweizern auch dann ein Leben in friedlichen Verhältnissen gesichert hat, wenn Europa in Kriegsgräueln regelrecht ertrank. Es ist jene Neutralität, die denen von unendlichem Nutzen war, die ein in Kriegsgräueln festgekralltes Land aus der immer schwerere Opfer fordernden, immer grössere Schäden verursachenden Kriegslogik Schritt für Schritt zu entziehen suchten.

Die US-Waffenlieferungen

Christoph Blocher ist es, der aufgrund hartnäckiger Recherchen auf Tatsachen stiess, die uns die Medien – die Aussage sei hier wiederholt – seit Monaten vorenthalten. Christoph Blocher hat sich nämlich den Text jenes Gesetzes ausliefern lassen, auf dessen Grundlage der von den Demokraten als Mehrheitspartei geprägte Kongress der USA die amerikanischen Leistungen zugunsten der Ukraine gesetzlich festgeschrieben hat.

Allerdings finde sich, berichtet Blocher, zu den in diesem Gesetz festgehaltenen Bedingungen für US-Waffenlieferungen an die Ukraine kein Wort von «selbstloser Solidarität». Auch nicht von Hilfe – wohl aber von Verkauf und von Miete. Die Ukraine hat für alles, was die USA liefern, zu bezahlen, auf Dollar und Cent genau. Was nicht zur Verwendung käme, gelte als gemietet. Könne also – unter Bezahlung von Mietkosten – nach dem Krieg der US-Armee zurückgegeben werden.

Wer wird bezahlen?

Wer wird wohl die Milliardenkosten für die sehr ausgiebigen US-Waffenlieferungen an die Ukraine konkret bezahlen? Die Vereinigten Staaten? Sicher nicht – das geht aus dem vom US-Kongress verabschiedeten Gesetz zu den Waffenlieferungen klar hervor. Oder die von den Kriegsschäden nahezu erdrückten Ukrainer? Sie werden dazu noch während Jahrzehnten nicht in der Lage sein. Bezahlen werden demnach diejenigen, welche die USA für «Solidaritätsleistungen» an die Ukraine ins Schlepptau zu nehmen vermochten: Die EU-Staaten. Und, weil sie sich den EU-Sanktionen unter Missachtung ihrer Neutralität angeschlossen hat, auch die Schweiz.

Man wird diese immensen Kosten natürlich nicht als «für die US-Waffenlieferungen an die Ukraine» deklarieren. Man wird sie – mit erhobenem Mahnfinger – unter dem Titel «Wiederaufbau-Fonds» als moralische Verpflichtung der Europäer den vom Krieg getroffenen Ukrainern gegenüber den Steuerzahlern abverlangen. Man wird sie also jenen Europäern belasten, die für die Sanktionen, die sie leichtfertig gegen bisher ihnen günstig von Russland gelieferte Energie erlassen haben, bereits einen immensen Preis bezahlen. Einen Preis, welcher ihre Länder und deren Bewohner einer bis heute nicht aufhaltbaren Inflationsspirale aussetzt. Man wird sie jenen Staaten aufhalsen, welche schon heute ihre Verschuldung nicht mehr in den Griff bekommen. Man wird sie jenen Ländern abpressen, denen – überschwemmt von Millionen Schein-Flüchtlingen – die Sozialkosten längst ausser Kontrolle geraten sind...

Die Steuerzahler dieser gebeutelten, durchgeschüttelten, zunehmender Verarmung ausgelieferten Länder werden es sein, welche die US-Kriegsgüter an die Ukraine abzustottern haben – getarnt als Beiträge an irgendeinen «Wiederaufbau-Fonds». Und die Medien werden alles unternehmen, auch die hinter diesen Wiederaufbau-Fonds verborgenen Wahrheiten zu unterdrücken.

Die Schweiz ist mitbetroffen – dank der ziellosen Aussenpolitik, der sie sich unter dem gegenüber allen nett sein wollenden Bundesrat Ignazio Cassis ausgeliefert hat. Höchste Zeit, dass der Souverän, dass die Stimmberechtigten der ganzen Schweiz eingreifen – mittels der in diesen Tagen startenden Neutralitäts-Initiative. Auf dass die bewährte immerwährende, bewaffnete, also integrale (allumfassende) Neutralität wieder zum soliden Fundament der Schweizer Aussenpolitik wird – der Schweiz Frieden sichernd, Zerstrittenen irgendwo auf der Welt einen Weg zur Wiederaufnahme abgebrochenen Dialogs öffnend. Eine Schweizer Aussenpolitik, wie sie sich während gut zweihundert Jahren bewährt hat.



AUTOR

Ulrich Schluer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Geboren am 17. Oktober 1944. Seit 1970 wohnhaft in Flaach (Zürcher Weinland). 1979 gründete Dr. Ulrich Schluer die «Schweizerzeit», welche als bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit bis heute erfolgreich seine Leserschaft bedient.

Pfizer-Vertreterin: «Nein, Impfstoff wurde nie getestet»

Bernhard Loyen, RT Deutsch, Mi, 12 Okt 2022 18:03 UTC

Pfizer-CEO Bourla verweigerte die Teilnahme am EU-Sonderausschuss zur Corona-Pandemie. Eine ranghohe Vertreterin gab Auskunft zu wissenschaftlichen Vorgängen bei der Impfstoff-Entwicklung. Demnach existierten vor der weltweiten Marktzulassung keinerlei Evidenz oder Daten, dass die Impfung eine Infektion verhindern könnte. Das Unternehmen setzte alles auf Risiko.



Am 10. Oktober tagte in Strassburg im EU-Parlament ein "Sonderausschuss zu den Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie und Empfehlungen für die Zukunft". Offiziell eingeladen wurde zu dieser Veranstaltung auch Albert Bourla, Vorsitzender und Geschäftsführer (CEO) des amerikanischen Pharmakonzerns Pfizer. Dieser sagte jedoch kurz vorher, ohne Angabe von Gründen, ab. Bestandteil der Anhörung war der jüngste Prüfbericht des Europäischen Rechnungshofes. Dieser hatte erneut Fragen über die weiterhin unbekanntes Verhandlungsdetails zu dem milliardenschweren Impfstoff-Deal zwischen dem Pharmaunternehmen und der EU aufgeworfen.

Auch sollten Detailfragen zu dem von Pfizer auf den Markt gebrachten Wirkstoff Comirnaty® an den CEO gerichtet werden können. Stellvertretend war nun Janine Small für die EU-Abgeordneten anwesend, die regionale Präsidentin (des Geschäftsbereichs Impfstoffe, Internationale entwickelte Märkte bei Pfizer Inc.) Sie ist seit 1988 bei dem Unternehmen tätig, also eine Kennerin der Materie. Ebenfalls anwesend war ein Vertreter des deutschen Pharmaunternehmens CureVac.

Auf eine eindeutig formulierte Frage des holländischen Abgeordneten Rob Roos (Partei JA21 – konservative Liberale), bestätigte oder überraschte die Pfizer-Marketing-Präsidentin in ihrer Antwort die Anwesenden mit der Aussage: Vor den finalen Zulassungsanträgen und der daraus resultierenden bedingten Zulassung des Pfizer-Präparats Comirnaty® im Dezember 2020 war seitens des Unternehmens bei der Einführung des Impfstoffs nicht bekannt, ob dieser die Verbreitung von SARS-CoV-2 stoppen kann. Ob also die Übertragung von SARS-CoV-2 von Mensch zu Mensch durch eine Injektion verhindert wird.

Kommentar: Wie von Anfang an von vielen alternativen Medien kritisiert, war diese Impfkampagne ein Experiment und die Teilnehmer die Meerschweinchen.

Zwischen Rob Roos und Janine Small ergab sich folgende Frage-Antwort-Situation. Das Procedere sah dabei vor, dass zuerst alle Abgeordneten ihre Fragen separat stellen, bevor die Pfizer-Vertreterin im Block die jeweiligen Anliegen beantwortete (Die Video-Sequenz ist bei der Antwort von Small etwas kürzer, als das Originalzitat im Wortlaut):

Roos: «Wurde der COVID-Impfstoff von Pfizer vor seiner Markteinführung darauf getestet, die Übertragung des Virus zu verhindern? Wenn nicht, sagen Sie es bitte deutlich. Wenn ja, sind Sie bereit, dem Ausschuss die Daten mitzuteilen? Und ich möchte wirklich eine klare Antwort.»

Small: «Was die Frage betrifft, ob wir von einem Übertragungsschutz wussten, bevor es (das Produkt) auf den Markt kam – Nein. Wir mussten wirklich mit der Geschwindigkeit der Wissenschaft arbeiten, um wirklich zu verstehen, was auf dem Markt vor sich geht. Und unter diesem Gesichtspunkt mussten wir alles auf Risiko machen.»

Der therapeutische Aspekt der Vermeidung einer Corona-Viren-Übertragung nach Impfung war jedoch wesentliches Argument in der politischen, wie gesellschaftlichen Pro und Contra Impf-Diskussion. Und ein ebenso wesentliches Argument für die daraus resultierenden Einführung der sogenannten 3G, 3G-Plus, 2G und 2G-Plus-Regelungen in Bereichen der Gesellschaft. Beispiele aus den Jahren 2021 und 2022:

BioNTech-CEO Uğur Şahin, zitiert in einem RND-Artikel im Februar 2021: «Die Vakzine seines Unternehmens sollen rund 90 Prozent der Infektionen mit dem Coronavirus verhindern – und damit auch die weitere Übertragung von Sars-CoV-2.» Şahin: «So gute Werte hatte ich nicht erwartet.»

Berlins Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) im August 2021 in einem Rundbrief an Berliner Schüler und Schülerinnen: «Denn mit jeder einzelnen Impfung fällt eine Person weg, über die sich das Virus ausbreiten könnte.»

Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) im Januar 2022: «Wenn wir uns alle weigern würden, die gut erforschte und nebenwirkungsarme Impfung zu nutzen, um uns selbst und andere vor Tod und schwerer Krankheit zu schützen, würden wir die Pandemie wahrscheinlich nie beenden können.»

Je nach Blickwinkel war diese Information der Pfizer-Vertreterin vor dem EU-Parlament nicht wirklich überraschend, da in einer Pressemitteilung der US-Gesundheitsbehörde FDA, aus dem Dezember 2020, unter dem Punkt: «FDA-Bewertung der verfügbaren Wirksamkeitsdaten~ folgende Formulierung nachzulesen ist: «Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine Daten vor, die eine Aussage darüber zulassen, wie lange der Impfstoff schützt, und es gibt auch keine Hinweise darauf, dass der Impfstoff die Übertragung von SARS-CoV-2 von Mensch zu Mensch verhindert.»

Das Problem: So eindeutig und unmissverständlich wurde diese Faktenlage über Politik und Medien gegenüber den Bürgern nie kommuniziert. Ob hierbei eine mehrheitliche Unwissenheit, bewusste Desinformation oder schlichte Fahrlässigkeit eine Rolle spielt(e), wird sich erst in der Aufarbeitung der Corona-Krise in den kommenden Monaten und Jahren herauskristalisieren. Zur Rolle des Pfizer-CEO in den zurückliegenden drei Jahren stellte seine Vertretung Janine Small fest:

Kommentar: Es war schlichtweg bewusste Manipulation und Desinformation an der Bevölkerung.

«Dr. Bourla spürte, wie wichtig es war, was in der Welt vor sich ging. Und deshalb gaben wir tatsächlich zwei Milliarden Dollar an selbst finanzierten Geldern von Pfizer aus, um in der Lage zu sein, bei der Pandemie zu helfen.»

Janine Small beendete den Fragenkomplex zur Effektivität des Pfizer-Produkts mit der subjektiven Wahrnehmung:

«Wir waren da, als die Welt uns brauchte, um sicherzustellen, dass wir in der Lage waren, den Menschen auf der ganzen Welt mit Impfungen zu helfen, und jetzt auch mit der Behandlung ...»

Kommentar: Die unzähligen Toten waren dann einfach Kollateralschäden. Und wir erfahren erst Stück für Stück, was für Spätfolgen eintreten werden.

Zum Thema der Causa «SMS-Milliarden-Deal» zwischen Pfizer-CEO Albert Bourla und der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen erläuterte Small in zwei Abschnitten unter anderem:

«Jeder versteht, dass wir während der Pandemie alle zu Hause gearbeitet haben, und ich bin sicher, dass Dr. Bourla seine mobilen Telefonkontakte genutzt hat, um mit vielen Führungskräften in der ganzen Welt zu sprechen, mich eingeschlossen (...)

Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit sagen, dass das (ein finaler Vertragsabschluss per SMS) nicht der Fall gewesen war. Ich weiss das, weil ich bereits erwähnt habe, ich war von Anfang an, an den Verhandlungen beteiligt, von Anfang an im Jahr 2020.»

Im Lichte der sich dynamisierenden Erkenntnisse tendenziell bedingter Therapieerfolge durch eine COVID-19-Impfung (mit dem Pfizer-Produkt), der sich dynamisierenden Diskussion einer «Kosten-Nutzen-Rechnung» und der real existierenden lebensbeschränkende bis lebensbedrohenden Impfnebenwirkungen bei vormals gesunden Menschen, muss die finale Aussage der Pfizer-Vertreterin als Zeitdokument gewertet werden. Small wörtlich:

«Ich möchte mir gar nicht ausmalen, in welcher Situation wir uns jetzt befinden würden, wenn Unternehmen wie wir diese Risiken nicht eingegangen wären. Keine klinische Forschung und Entwicklungen in diesem Umfang betrieben hätten. Um sicherzustellen, dass wir einen Impfstoff haben, den wir in der Welt einführen können.»

«Wir» könnte auch in Bezug auf ein Milliardengeschäft mit der Monopol-Stellung von Pfizer in der Corona-Krise gedeutet werden. Zum Thema der Preisabsprache zum dritten Vertrag von BioNTech-Pfizer und der EU, über 1,8 Milliarden zusätzliche Impfstoff-Dosen zwischen Ende 2021 und 2023, liess Small lediglich wissen: «... die Preisgestaltung ist vertraulich.» Ende der Diskussion. Als «kleines Dankeschön», für den kooperativen Charakter der Teilnahme von Frau Small an der Sonderausschusssitzung, erhielt das Unternehmen Pfizer – Welch symbolische Überraschung – noch am 10. Oktober die reguläre Zulassung, also offizielle Anerkennung und Absegnung, der EU-Kommission für ihr Produkt Comirnaty®.

Das kann und darf nicht die letzte Veranstaltung dieser Art gewesen sein. Zu vieles ist und bleibt weiterhin unbekannt und von beteiligten Protagonisten mutwillig gedeckelt, ist jedoch von epochalem Interesse für die Menschen. Die Zeit der Aufarbeitung wird uns noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte beschäftigen. Beschäftigen müssen.

Die deutschen etablierten Medien schweigen bisher zu dieser Veranstaltung und entsprechenden Aussagen, ganz im Gegenteil zu den USA, wo der bekannte Tucker Carlson das Ereignis kommentierte:

Quelle: <https://de.sott.net/article/35676-Pfizer-Vertreterin-Nein-Impfstoff-wurde-nie-getestet>



Ein Artikel von: Jens Berger, 9. November 2022 um 9:05

Schon in den nächsten vier Jahren werden die USA die ehemaligen russischen Gaslieferungen nach Mitteleuropa vollständig substituieren. Die gleiche Menge Gas, die bis zu Beginn dieses Jahres aus sibirischen Pipelines geliefert wurde, kommt künftig in verflüssigter Form mit Tankern aus den USA. Auch der Gaskrieg hat nicht erst in diesem Jahr begonnen. Klarer Gewinner dieses Gaskriegs sind die USA, die nur so ihre gewaltigen Überkapazitäten aus dem Fracking-Boom abbauen und damit den heimischen Gaspreis stabilisieren können, um die milliardenschweren Investitionen zu retten und eine Finanzkrise zu verhindern. Den Preis dafür zahlt vor allem Deutschland. Schon in diesem Jahr könnten die deutschen Exportüberschüsse im deutsch-amerikanischen Aussenhandel sich in ein Defizit umkehren. Verlierer sind neben Deutschland und der EU auch die Umwelt und das Klima. Von Jens Berger.

Vor drei Jahren herrschte in der LNG-Branche Katastrophenstimmung. Der Fracking-Boom in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre sorgte für ein massives Überangebot von Erdgas. Anfang dieses Jahrzehnts lag der Spotmarktpreis am US-Knotenpunkt Henry Hub bei umgerechnet gerade einmal fünf Euro pro Megawattstunde. Die mit vielen Milliarden Dollar vom Finanzsektor ausgestattete US-Frackingbranche stand vor dem Kollaps und mit ihr Teile des US-Finanzsystems, da die Investitionen nach «guter alter Manier» mit wenig Eigen- und viel Fremdkapital gehebelt waren. Wollte man den Kollaps verhindern, gab es dafür nur eine Möglichkeit: Das Gas musste auf andere Weltmärkte exportiert werden und aus geographischen Gründen kam dafür nur die Verflüssigung zu LNG infrage. Doch auch der weltweite LNG-Markt war zu dieser Zeit gesättigt. Als letzter Ausweg blieb die Expansion auf Märkte, die ausreichend gross und bis dato über Pipelines mit Erdgas versorgt wurden. Weltweit gibt es nur einen Markt, auf den beide Voraussetzungen zutreffen: Europa.

Bereits im Frühjahr 2018 prognostizierten die NachDenkSeiten einen «kommenden Gaskrieg zwischen den USA und Russland». Wie recht wir damit hatten, zeigt sich heute. Nachdem die USA ihre LNG-Lieferungen nach Europa sukzessive durch politische Massnahmen (z.B. Boykott russischer Importe durch Polen und das Baltikum) ausbauen konnten, konzentrierte man sich vor allem auf das grösste Stück der europäischen Torte, auf Deutschland. Nur so kann man die fortwährende Einflussnahme auf die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 verstehen. Deutschland mit seinem Gasbedarf von rund 100 Milliarden Kubikmeter Gas ist für die US-Energiekonzerne als Absatzmarkt von zentraler Bedeutung. Kein anderes grösseres Land war vor der Energiekrise sowohl relativ als auch in absoluten Zahlen so abhängig von russischem Erdgas.

Der Ukrainekrieg als Game Changer

Am Vorabend der russischen Invasion lag der Preis für eine Megawattstunde Erdgas am Henry Hub bereits bei rund 15 Euro – im Vergleich zu den europäischen Märkten war dies immer noch sehr wenig. Im Laufe

der nächsten Monate sollte er sich auf rund 30 Euro verdoppeln. Studien gehen davon aus, dass die Förderung des sogenannten Schiefergases mit der Frackingmethode sehr kostenintensiv ist und zwischen 1,5 und 4 Dollar pro der in den USA für Gas geläufigen Mengenangabe MMBtu liegt. Seit Beginn des Frackingbooms Mitte der 2010er Jahre wurde streng genommen jede Menge Geld verbrannt. Erst seit der Eskalation des Ukrainekrieges und den damit verbundenen Sanktionen der EU gegen Russland hat der Preis für Frackinggas ein Niveau erreicht, bei dem sich für die US-Energiekonzerne Geld verdienen lässt.

Doch dieser «Erfolg» stand im Frühjahr und Sommer noch auf wackligen Beinen. Erst die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines hat letztlich den Weg geebnet, die EU und insbesondere Deutschland langfristig als Kunden für die amerikanischen Erdgas-Überschüsse zu gewinnen und den Gaspreis auch langfristig auf einem profitablen Niveau zu halten. Dass der US-Regierung die damit verbundene Abhängigkeit ihrer europäischen «Partner» sehr gut ins globalstrategische Konzept passt, ist ein weiterer Faktor, der ins Bild passt. Die USA sind dabei, den «Gaskrieg» gegen Russland zu gewinnen.

Neue Abhängigkeiten

Insgesamt muss die EU bei einem vollständigen Stopp der russischen Lieferungen 155 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus anderen Regionen importieren. Doch woher soll das Gas kommen?

Im März einigten sich US-Präsident Joe Biden und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen darauf, dass die USA der EU im laufenden Jahr zusätzlich 15 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas liefern werden. Diese Menge solle «langfristig» auf 50 Milliarden Kubikmeter ansteigen. Im Juni ging Biden dann bereits davon aus, dass die EU bereits in diesem Jahr die genannten 50 Milliarden Kubikmeter LNG aus den USA importieren wird. Für die nächsten beiden Jahre gehen Brancheninsider bereits von einer Liefermenge von bis zu 80 Milliarden Kubikmeter aus. Und dabei soll es nicht bleiben und echte Alternativen zu den USA gibt es für die Europäer beim LNG-Import ohnehin nicht.

Angebotsseitig ist der Weltmarkt für LNG fest in der Hand von drei Exporteuren, die zusammen über zwei Drittel der Exportkapazitäten verfügen – das sind Australien, Katar und die USA. Auf der Kundenseite sieht es ähnlich aus. Hier machen China, Japan und Südkorea zusammen zwei Drittel des Welthandels mit LNG aus und anders als die EU-Länder haben diese Länder den Grossteil ihrer Importe durch feste Lieferverträge mit Laufzeiten von 15 Jahren und länger abgesichert. Die EU importiert zurzeit vorwiegend LNG aus den freien Kapazitäten und zahlt dafür die teils horrenden Preise, die auf dem Spotmarkt aufgerufen werden.

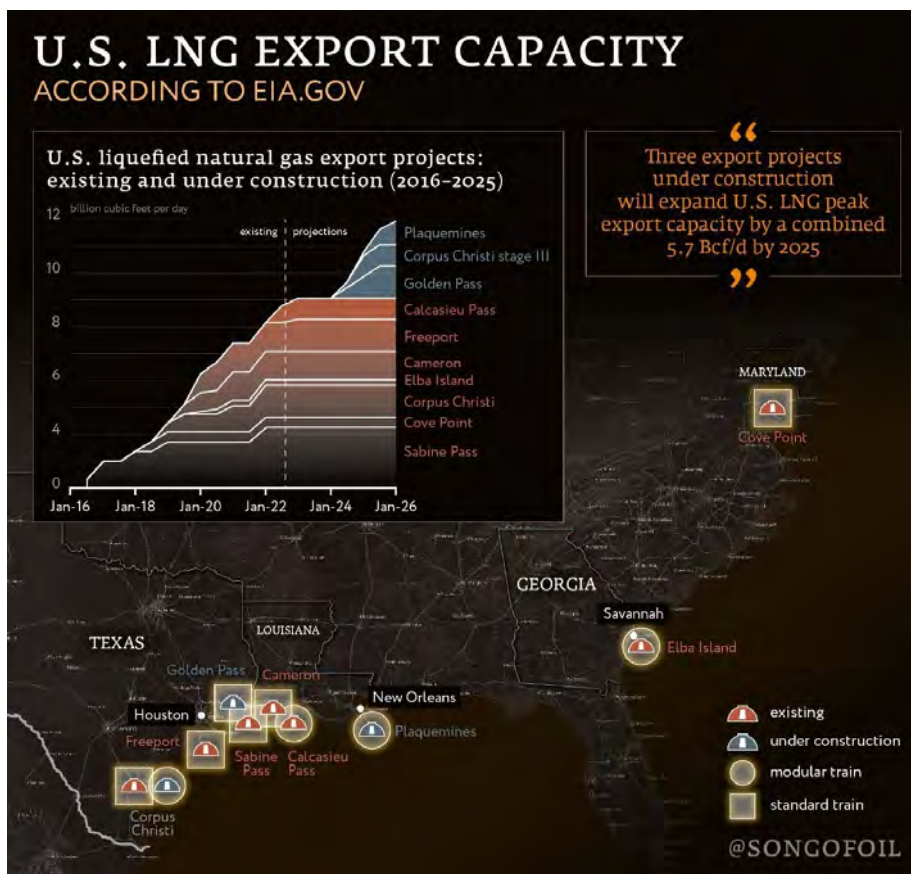
Brüssel will die LNG-Versorgung mittelfristig auf Basis fester langfristiger Verträge sichern und als Lieferanten kommen dafür nur Länder infrage, die entweder freie Kapazitäten haben oder ihre Kapazitäten erweitern können. Freie Kapazitäten in nennenswertem Umfang haben nur die USA und erweiterungsfähige Kapazitäten haben neben Katar ebenfalls nur die USA. Die Frage, wer das russische Erdgas ersetzen soll, ist also relativ einfach zu beantworten. Die EU, und mit ihr Deutschland, ist auf dem besten Weg, von der Abhängigkeit von russischem Gas in die Abhängigkeit von US-amerikanischem LNG zu schlittern.

Nach einer Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI) lösen die USA Russland demnächst nicht nur als wichtigsten Energielieferanten ab, sondern nehmen für den EU-Gasmarkt mit einem Importvolumen von 40 Prozent dieselbe dominante Rolle ein wie Russland vor dem Ukrainekrieg. Bereits für 2026 – also in vier Jahren – soll die Liefermenge von LNG aus den USA mit 130 Milliarden Kubikmetern eine Summe einnehmen, die höher ist, als die Importmenge russischen Erdgases mit 128 Milliarden Kubikmetern nach den «Vorkrisen-Prognosen» der EU gewesen wäre.

Gas wird dauerhaft teurer

Zu welchen Preisen die EU vor der Krise russisches Gas importierte, ist nicht so einfach herauszufinden. Zahlen liefert hier eine Überschlagsrechnung. Im Januar 2021 hat Deutschland für seine gesamten Gasimporte nach Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle 1,8 Milliarden Euro bezahlt. Das sind 21,6 Milliarden Euro pro Jahr. Da der russische Anteil an den deutschen Gasimporten damals bei rund 55 Prozent lag, kann man daraus folgern, dass Deutschland für das russische Gas in der Zeit vor der Energiekrise rund 11,9 Milliarden Euro pro Jahr zahlte.

Setzt man für diese Menge den von der EU genannten langfristigen Importpreis für US-LNG an, kommt man auf 30 Milliarden Euro – also fast auf das Dreifache. Setzt man den real in diesem Sommer nach Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle gezahlten Importpreis an, kommt man sogar auf 54 Milliarden Euro – also fast das Fünffache. Um diese Zahlen greifbar zu machen: 2021 konnte Deutschland gegenüber den USA einen Aussenhandelsüberschuss von rund 50 Milliarden Euro vermelden. Würden die USA künftig Russland als massgeblicher Gaslieferant für Deutschland 1:1 ersetzen, wäre die Handelsbilanz ausgeglichen.



Mission accomplished? So kann man es sehen. Die USA sind der Gewinner des Gaskriegs gegen Russland; und dies auf allen Ebenen. Die US-Frackingindustrie ist durch die Abschöpfung des Überangebots an Gas erst einmal gerettet. Die Prognosen für die Zukunft sehen dabei rosig aus. In Texas und Louisiana wurden bereits Projekte genehmigt, mit denen sich die Kapazität der LNG-Exporte in den nächsten Jahren deutlich steigern wird. Weitere Expansionen stehen bereits in den Startlöchern und werden von den US-Konzernen nur noch davon abhängig gemacht, die neuen Kunden aus Europa durch feste Langzeitlieferverträge an sich zu binden. Das dürfte angesichts der prekären Lage auf den Weltenergiemärkten jedoch nicht sonderlich schwer sein.

Die USA werden in einigen Jahren in puncto Gaslieferungen «unser» neues Russland sein; und dies mit Rahmenbedingungen, die vor allem den USA sehr gut gefallen dürften. So werden der teure Prozess der Gasverflüssigung und der Transport dazu führen, dass die Versorger in der EU ihren Kunden dauerhaft mehr Geld für Gas in Rechnung stellen müssen als ihre US-Pendants. Für den Standort USA ist dies ein gewaltiger Vorteil. Auch geostrategisch ist dies ein Hauptgewinn für die USA, ist Europa doch nun völlig abhängig von US-Energielieferungen und damit politisch und volkswirtschaftlich erpressbar. Mission accomplished!

Neben der EU gibt es jedoch noch weitere Verlierer und das sind die Umwelt und das Klima. Die negativen Folgen für die Umwelt entstehen dabei vor allem in den Fördergebieten in den USA, in denen gefrackt wird. Die Studienlage ist deprimierend und in Europa wäre die Förderung nach jetzigem Recht gar nicht genehmigungsfähig. Der LNG-Boom hat jedoch auch globale Folgen. Über die gesamte Lieferkette, angefangen beim Fracking, über den Transport, die Verflüssigung bis zur Einspeisung in die europäischen Pipelines entstehen nicht nur CO₂-Emissionen, sondern auch die besonders klimaschädlichen Methan-Emissionen. Die NGO Food & Water Action Europe hat berechnet, dass durch die 50 Milliarden Kubikmeter LNG, die die USA noch in diesem Jahr zusätzlich in die EU liefern, ganze 400 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente in die Atmosphäre geblasen werden. Das entspricht ungefähr 100 Kohlekraftwerken und in Summe ungefähr der Hälfte des gesamten CO₂-Ausstosses Deutschlands.

Bislang wurden diese katastrophalen Zahlen vor allem von den Grünen stets damit gerechtfertigt, dass es sich bei der LNG-Versorgung um eine Übergangslösung handeln soll. Das ist jedoch kaum mehr als ein frommer Wunsch, da vor allem die Verstromung von Gas ein elementarer Ankerpunkt der Energiewende ist. Nur Gaskraftwerke können effektiv das Stromangebot stabilisieren, wenn die regenerativen Energien (Stichwort: Dunkelflaute) nicht genügend Strom liefern und Kohle und Atom auslaufen sollen. Dass LNG keine Übergangslösung sein kann, zeigen jedoch bereits die Verträge, die nun mit US-Anbietern ausgehandelt werden. Die bestehen nämlich auf Laufzeiten zwischen 15 und 25 Jahren. LNG is here to stay, wie der Amerikaner sagen würde.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=90151>

Covid-Infektion schützt besser vor Neuinfektion als Impfung

Von Hintergrund.de | Veröffentlicht 9.11.2022



Injektion eines mRNA-Präparats. Foto: Tim Reckmann | ccnnull.de | CC-BY 2.0, Mehr Infos

(Redaktion/7.11.22) Eine vorausgegangene Infektion sowie eine sogenannte hybride Immunität gegen das Corona-Virus schützt besser gegen eine Omikron-Infektion als eine alleinige Covid-19-Impfung. Dies legt eine neue Arbeit der WHO nahe, die verschiedene internationale Studien systematisch ausgewertet hat. Mit hybrider Immunität wird eine Impfung verbunden mit einer Infektion mit dem Corona-Virus bezeichnet. Auf diese Ergebnisse weist das Robert-Koch-Institut in seinem jüngsten Monitoring des Covid-19-Impfgeschehens in Deutschland hin, das in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde. Darüber hatte am Wochenende zunächst die Kreiszeitung aus dem niedersächsischen Syke berichtet.

Der Monatsbericht enthält ebenfalls Zahlen zu sogenannten Impfdurchbrüchen zwischen Mai 2021 und Ende September 2022. Demnach gab es über 2,9 Millionen symptomatische Corona-Fälle, bei denen die Infizierten mindestens eine «Grundimmunisierung» aufwiesen. Die meisten hatten zusätzlich eine sogenannte erste Auffrischungsimpfung hinter sich. Auf diesen Teil des Monatsbericht wies zunächst reitschuster.de hin.

Im Monatsbericht benennt das RKI den Schutz einer «hybriden Immunität» gegen eine Neuinfektion mit der Omikron-Variante mit 74,1 Prozent nach einem Monat und mit 60,4 Prozent nach sechs Monaten. Gerade die Effektivität nach sechs Monaten liegt deutlich über der Impfung, die nach einem halben Jahr laut RKI nur noch zu 13 Prozent schützen soll. Das Fazit des RKI lautet dennoch, dass «für Personen mit Auffrischungsimpfung weiterhin von einem sehr guten Impfschutz gegenüber einer schweren COVID-19-Erkrankung ausgegangen werden» könne. Ungeimpfte Personen aller Altersgruppen hätten ein deutlich höheres Risiko für eine schwere Verlaufsform der Erkrankung, heisst es weiter.

Das Monitoring enthält ebenfalls eine Übersicht über die sogenannten hospitalisierten Fälle mit bekanntem Impfstatus im Monat September 2022. Demnach ist in allen Altersgruppen die Zahl der hospitalisierten Ungeimpften leicht grösser als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Laut den Daten des Intensivregisters waren im Oktober allerdings nur 11,9 Prozent der Hospitalisierten ungeimpft, der Rest hatte mindestens eine, die grösste Gruppe, 56,7 Prozent, hatte drei Impfungen. Das RKI verweist in seinem Bericht darauf, dass die Impfangaben des Intensivregisters nicht geeignet seien, um die Wirksamkeit der Impfung einzuschätzen. «Im Intensivregister werden alle auf Intensivstationen aufgenommen Fälle mit einem SARS-CoV-2-Nachweis unabhängig vom Aufnahmegrund erfasst», heisst es unter anderem zur Erläuterung.

Zu dem angepassten Impfstoff von Pfizer/Biontech, der gegen die aktuell vorherrschenden Varianten des Virus wirken soll, liegen noch keine unabhängigen Studien vor. Die Hersteller selbst sprechen allerdings davon, dass einen Monat nach der Injektion ein Anstieg der Antikörper festzustellen ist. Dies ist jedoch nach Einschätzung des Medizinportals Medizin Transparent aus Österreich nur ein indirekter Hinweis auf eine Wirksamkeit.

Neben der Effektivität der Impfung werden derzeit auch die möglichen Nebenwirkungen diskutiert. Eine aktuelle Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut INSA, von reitschuster.de in Auftrag gegeben, kommt zu dem Ergebnis, dass etwa ein Viertel der Befragten eine Person kenne, die «erhebliche Nebenwirkungen» verspürt hat, und 16 Prozent haben diese nach eigenen Angaben selbst erlebt – wobei der Auftraggeber selbst zu bedenken gibt, dass es sich um subjektive Einschätzungen handele. Er habe keine wissenschaftliche Umfrage in Auftrag gegeben.

Zu den bekannten Nebenwirkungen gehören Herzmuskelentzündungen, die stets auch in Verbindung mit einer Covid-19-Erkrankung gebracht worden waren. Nun lautet das Fazit einer Kohortenstudie aus Israel,

dass die deutliche Zunahme an Herzmuskelentzündungen keine Folge der Virusinfektion sei. Andere Studien, ebenfalls aus Israel sowie aus Grossbritannien, hatten bisher nahegelegt, dass der Anstieg der Erkrankungen sowohl mit der Corona-Infektion als auch mit der Impfung zusammenhängen könnte. Dass möglichen Nebenwirkungen lange Zeit nicht nachgegangen wurde, legt aktuell auch ein Bericht in der Fachzeitschrift *British Medical Journal* nahe, den Telepolis ausführlich zusammengefasst hat.

In Deutschland wird unterdessen weniger geimpft. Wie die FAZ berichtet, erhalten Hausärzte derzeit wenig Anfragen, «Man muss es ganz klar sagen: Der Run auf die Corona-Impfungen hat sich mittlerweile auf ein Schleichen verlangsamte», sagt Markus Beier, Vorsitzender des Hausärzteverbandes. Die FAZ weist auch darauf hin, dass mit dem Start der Kampagne «Ich schütze mich» des Bundesgesundheitsministeriums im Oktober die Impfbereitschaft noch einmal deutlich gesunken sei.

(hb)

Quelle: <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/covid-infektion-schuetzt-besser-vor-neuansteckung-als-impfung/>

Putins Gas statt Bidens Bomben

Veröffentlicht am 2. November 2022 von Maren Müller



Quelle Beitragsbild: Getty Images

Putins Gas statt Bidens Bomben!

Im Diskurs über den Europäischen Krieg ist das Meiste noch vom Kopf auf die Füße zu stellen

Die Osis sind die besseren Wessis

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Achtung, ein kapitaler Baerbock: «Sind die Deutschen bereit, für die Freiheit zu sterben? Wir sind es.» [2] Dieser unsäglich dumme Spruch – Zitat in Anführungszeichen! – dient als Überschrift eines Artikels in der Neuen Zürcher Zeitung. Andernorts taucht er nicht auf; zuzutrauen ist er unserer Hasspredigerin im Aussenamt allemal. Ein übler Treppenwitz, was diese Frau unter Diplomatie und aussenpolitischer Strategie versteht. Kennen Sie den schon? «Wir sind die Guten!» [3] Früher gab es für derart ungezogenes Lügen eins hinter die Löffel. Heute qualifiziert es für die Mitgliedschaft im Kabinett des roten Ampelmännchens. Grün ist die Heide drumherum; schafsköpfige Tagesschau-Redakteure weiden dort, intellektuell anspruchslose Wesen. Sie werden gebraucht, damit das deutsche Publikum fürs Einschlafen was zum Zählen hat.

Annalena Baerbock stellte das, was sie unter Aussenpolitik versteht, erwartungsgemäss mit den angesagten Beiwörtern dar. «Feministisch» soll ihre Politik sein. «Werteorientiert». Und natürlich «regelbasiert», wie little Blinks in Washington es vorbetet. Was eben ein Plappermaul so dahersabbelt, wenn der dranhängende Kopf nicht mal halbwegs intelligent verlogenen Formeln auf Lager hat. Es handelt sich bei Baerbocks Hudelei [4] halt doch nur um kitschige Stimmungsmache für die imperiale Machtpolitik der USA. Die mörderischen Folgen (fürs eigene Volk wie für die anderen) muss Baerbock mit dem schönen Schein unserer moralischen Überlegenheit tarnen, damit ja niemand dagegen aufbegehrt. Das ist ihr Job. Der Regierungsrundfunk, voran die Tagesschau, ist dabei wie immer der beste Helfer.

Baerbock im Bundestag:

«Wir sagen eben nicht: Wir konzentrieren uns nur noch auf das, was vor unserer eigenen Haustür passiert, was unglaublich wichtig ist, sondern ganz im Gegenteil: Genau in diesem Moment nehmen wir weiter unsere Verantwortung in der Welt wahr. ... Uns geht es auch darum, uns gemeinsam mit den Menschen vor Ort

den Kräften entgegenzustellen, die nichts auf Menschenrechte geben, nichts auf Demokratie und nichts auf eine regelbasierte Ordnung.» [5]

Von wem und was spricht die Frau? Ach so, sie ist darüber sauer, dass die Regierung des nordwestafrikanischen Staates Mali die Nase endgültig voll hat von den USA und deren Vasallen; dass man die Anwesenheit auch der Bundeswehr nicht mehr ertragen will und sich lieber vom russischen Militär unterstützen lässt. Die Hofberichterstatter der ARD-aktuell leisten Baerbock ideelle Schützenhilfe und applaudieren Baerbocks Geschwätz. Ungeprüft und ohne Gegenrecherche bei den Beschuldigten teilen sie mit, malischen Soldaten und russischen Sicherheitskräften werde «ein Massaker an etwa 300 Zivilisten vorgeworfen.» [6]

Was deutsche Soldaten in Mali eigentlich verloren haben, braucht die Tagesschau selbstredend nicht darzulegen. Erst recht nicht, was entschieden gegen diese Art Auslandseinsatz spricht. [7] Wo kämen wir da hin! Da würden ja sogar die urdeutschen Sofadrücker erkennen, dass «regelbasierte Ordnung» ein Begriff aus der Gaunersprache ist und unter anderem den Raub fremder Rohstoffe verschleiern. [8] In diesem Fall malisches Uran, Gold und andere reiche Bodenschätze, die in Europa heiss begehrt sind. [9]

Mollusken im Ministeramt

Gleich nach ihrem Antrittsbesuch beim Amtsbruder, dem «lieben Tony» Blinken, schleimte Baerbock hemmungslos: «Wir sind Freunde und Wertepartner.» [10]

Sie liess somit keinen Zweifel daran, was sie unter «wertebasierter» Aussenpolitik versteht: Sich der US-Elite als allzeit bereite Politmätresse anzudienen. Oder, wie ihr Kabinettskollege Habeck trefflich formulierte, «eine dienende Führungsrolle» zu spielen. [11] Der Ami braucht noch nicht mal «bücken!» zu rufen, B&H liegen ihm schon zu Füssen.

Die USA als «Wertepartner» zu bezeichnen heisst, die monströsen Verbrechen ihrer Regierungen zu billigen: imperiale Kriege mit Millionen Toten, systematischen Völkerrechtsbruch, Massaker in aller Welt, Entführungen, Folterungen, Attentate, Rassismus, «erst schießen, dann fragen»-Unkultur, Ressourcen-Diebstahl, Todesstrafjustiz, Staatsterrorismus. Es heisst, den US-Versuch zu unterstützen, die Konkurrenten Russland und China mit militärischen Drohungen und Übergriffen sowie mit weltweit verheerender Sanktionspolitik niederzuringen.

Wer, wie die «ich-komm-eher-ausm-Völkerrecht»-Baerbock [12] von dort nichts weiter mitgebracht hat als sich selber, der übersieht natürlich das KZ Guantanamo, das Justizverbrechen an Julian Assange, die unzähligen Drohnenmorde unter dem Deckmantel «Krieg gegen den Terror», die Finanzierung antidemokratischer Putschisten und Farbrevolutionen, die grobe rechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Länder. «Wertepartnerin» Baerbock hat vermutlich nicht einmal auf dem Zettel, dass die Politik ihrer US-Freunde einer blutrünstigen Tradition folgt: 219 Mal in ihrer kurzen Geschichte haben die USA andere Länder angegriffen, ohne jemals selbst angegriffen worden zu sein. [13] (Der japanische Überfall auf Pearl Harbour war keine Ausnahme, sondern von Roosevelt herbeiprovoziert, um die kriegsunwillige US-Bevölkerung für einen Kriegseintritt zu gewinnen. [14], [15])

Mörderische Tradition

Insgesamt sind die USA seit dem Zweiten Weltkrieg wegen ihrer martialischen Überfälle auf andere Länder für den Tod von schätzungsweise 20 bis 30 Millionen Menschen verantwortlich. [16] Allein in den vergangenen 20 Jahren hat unsere westliche «Wertegemeinschaft» vier Millionen Muslime umgebracht, vom Neugeborenen bis zum Greis; angeblich, um den weltweiten Terrorismus auszurotten. Baerbocks «Wertepartnerchaft» erinnert wahrlich streng an Goethes Aphorismus über den Charakter:

«Sage mir, mit wem du umgehst, so sage ich dir, wer du bist; weiss ich, womit du dich beschäftigst, so weiss ich, was aus dir werden kann.» [17]

Es ist die wichtigste Aufgabe unserer längst gleichgeschalteten Massenmedien, das Verbrecherische am transatlantischen «Kampf für Demokratie und Menschenrechte» nur ja nicht ins öffentliche Bewusstsein dringen lassen. Beim Täuschen, Fälschen und Desorientieren ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk Vorreiter. Tagesschau, Tagesthemen, Deutschlandradio und Deutsche Welle als vermeintlich seriöse Informationsquellen garantieren, dass die Hetze gegen Russland, China und andere missliebige Staaten professionell und effizient ausgeführt wird.

Der englische Dramatiker Harold Pinter erinnerte in seiner Rede zur Verleihung des Nobelpreises 2005 an das «weitverzweigte Lügengespinnst, von dem wir uns nähren». Damit die Macht der herrschenden Eliten «erhalten bleibt, ist unabdingbar, dass die Menschen unwissend bleiben, dass sie in Unkenntnis der Wahrheit leben». [18]

Sachlichen, um Information und Aufklärung bemühten Nachrichtenjournalismus darf man vom Regierungsrundfunk nicht erwarten. Die Massenmedien verschwiegen zum Beispiel, dass die seinerzeitige Grünen-Doppelspitze Habeck und Baerbock schon lange vor den Bundestagswahlen zu würdeloser Liebedienerei bei den US-Amerikanern und zum Betrug am deutschen Wähler bereit war: Der Wunsch der Ukraine nach «Defensivwaffen» sei angesichts der «russischen Bedrohung» (!) «berechtigt», man könne ihn «schwer verwehren». [19]

Zu jener Zeit hatten die ukrainische Armee und die ihr angegliederten Neonazi-Regimenter bereits 14000 Ost-Ukrainer massakriert. [20] Für ein Ende der Schlächtereie und für einen Friedensschluss mit den gepeinigten russisch-sprachigen Landsleuten gemäss dem Minsker Abkommen [21] haben sich die Spitzen der Grünen, der SPD, der FDP und der Union in Kiew nie stark gemacht. Im Gegenteil, sie haben es erst mit Poroschenko und dann mit Selenskyj sabotiert.

Kein Raum für Scham

Die USA haben Kiew von Anfang an unterstützt. Das Minsker Abkommen war ohne sie von Deutschland und Frankreich mit Russland verabredet und von Washington missbilligt worden. Habeck und Baerbock wussten davon und richteten sich danach. Beide machten devot kenntlich, dass ihre Agenda mit der des US-Präsidenten aufs Innigste harmoniert. Den Stopp von NordStream 2 inbegriffen.

US-Präsident Biden äusserte am 27.7.21: «Ich denke, es ist mehr als wahrscheinlich, dass wir in einem Krieg enden werden – einem echten Krieg mit einer Grossmacht – ...» [22]

Daran orientierte sich Grossmaul Baerbock und tat sich mit Sprüchen wie «Russland ruinieren» und es derart zu schädigen, «dass es volkswirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt» [23] hervor. Die Aussenministerin schämte sich dieser einzigartig undiplomatischen Entgleisung nicht. Dass ihr blanker Russenhass, ausgelebt in Serien von völkerrechtswidrigen Sanktionen, inzwischen die deutsche Volkswirtschaft zum Abgrund treibt, den Russen nicht wirklich schadet, aber das Geschäft der Amis erblühen lässt, das nimmt sie hin. Hätte sie substanziellen politischen Anstand und Loyalität gegenüber ihrer eigenen Nation, wäre sie niemals Mitglied im wirtschaftselitären «Young Global Leaders»-Club des Weltwirtschaftsforums WEF geworden. [24]

Die von den Regierenden und ihren medialen Scharfmachern gepflegte Fiktion, dass die USA, die NATO und damit auch Deutschland sich nicht im Krieg mit Russland befinden, [25] ist längst als pure Heuchelei zu erkennen. Pech, dass US-Präsident Biden sich bereits im Übergang von der Senilität zur Debilität befindet und die wahren US-Ziele versehentlich erkennen liess: erst mal Regime-Change in Moskau, danach Zerstückelung Russlands und Ausbeutung seiner gigantischen Ressourcen. [26], [27]

Das ist den amerikanischen Imperialisten das Risiko eines Atomkriegs wert – fern der Heimat, versteht sich. Sie planen bereits seit Jahren den begrenzten Einsatz von Atomwaffen in einem Erstschlag. [28] In Rede ist ein Krieg, der Europa zerstört, aber die USA nicht tangiert.

Auf «Endsieg»

Der Diskurs über eine «schmutzige» ukrainische Atombombe müsste die Bundesregierung veranlassen, eine Springflut diplomatischer Aktivitäten in Gang zu setzen; das wäre verantwortungsbewusste Politik. Mit den Grünen-Kriegstreibern in Berlin ist sie aber nicht zu machen. Baerbock setzt auf den Endsieg.

«Und ja, wir werden auch die Ukraine weiter intensiv mit Waffen unterstützen. Denn wir liefern nicht nur Rüstungsgüter in die Ukraine, um Menschenleben zu retten. Sondern mit diesen Lieferungen, so hoffe ich, geht auch ein Schub Vertrauen und Solidarität einher.» [29]

Würstchen wollen seit jeher gross rauskommen. Friedensverhandlungen? Nichts da. Der Berliner Reichstagsrasen ist fascho-grün gedüngt, dort schiessen die Gurken ins Kraut. Sie treiben – siehe oben – prächtige sprachlichen Blüten.

Unmoral und die Perversion jeglichen Rechtsbewusstseins sind US-Markenzeichen. Wovon unsere hörigen Staatsfunker gerne mit scheinobjektiver Berichterstattung über die «Freunde» ablenken. Tagesschau-Beispiel: «Die US-Regierung hat zusätzliche Unterstützung für die Menschen in Afghanistan angekündigt. Sie stellt weitere 327 Millionen Dollar für humanitäre Hilfen bereit. Davon sollen auch Afghanen profitieren, die in die Nachbarländer geflohen sind.» [30]

Welch US-amerikanische Grosszügigkeit! Das bringt die Tagesschau ja prächtig rüber. Und unterschlägt zugleich die unumgängliche Information über den politischen Kontext: dass US-Präsident Biden als Rache für die Niederlage gegen die Taliban das afghanische Staatsvermögen beschlagnahmt hatte, 7 Milliarden Dollar. Statt Entschädigung für die Verwüstung Afghanistans im mehr als 20jährigen US-Terrorkrieg zu zahlen und echte Wiederaufbauhilfe zu leisten, betätigte sich Biden als Strassenräuber und Leichenflederer. Und trieb die Scheinheiligkeit auf die Spitze: Seine Regierung werde die Hälfte der geraubten Beute, 3,5 Milliarden Dollar, an die Hinterbliebenen des Anschlags auf die Zwillingstürme in New York («9/11») auszahlen. [31] Obwohl Afghanistan erweislich nichts mit jenem Terrorakt zu tun hatte, den der Verbrecher George Dabbeljuh Bush nur als Vorwand für seinen Angriffskrieg brauchte. [32]

Afghanistan ist heute, nach den Worten David Beasleys, des Exekutivdirektors des Welternährungsprogramms, «die Hölle auf Erden, die grösste humanitäre Krise der Welt». [33]

Zwanzig Millionen Menschen – fast die Hälfte der Bevölkerung – leiden akut unter Hunger. Es mehren sich Berichte über Verzweifelte, die eine ihrer Nieren anbieten, um an Geld für Lebensmittel zu kommen. [34] Keine Frage, dass es viele Interessenten an diesem Organhandel gibt.

Partner? Komplize!

Deutschland kann bezüglich unmenschlicher Politik mit den Amis aber mal wieder gut mithalten. Aydan Özoğuz (SPD), Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages: «Es liegt auf der Hand, dass Deutschland der Taliban-Regierung überhaupt kein Geld direkt zukommen lassen kann. Denn dieses käme kaum dort an, wo wir uns das wünschen. Darum ist es undenkbar, dass ein Regime nach Art der Taliban Gelder aus Deutschland in Empfang nehmen und dann unkontrolliert verteilen sollte.» [35]

Wer's nicht fassen kann, schau nach Syrien. Die USA hatten unter lebhafter EU- und deutscher Mitwirkung versucht, die Regierung in Damaskus zu stürzen. Zur Ablenkung vom eigenen Völkerrechtsbruch liessen die christlichen Kreuzritter die Drecksarbeit von Kopfabnehmern der IS-Dschihadisten erledigen. Der Umsturzversuch misslang, weil die Regierung Assad sich Hilfe aus Russland holte.

Dafür strafte sie der Westen mit vernichtenden Sanktionen. Die bereiten der syrischen Zivilbevölkerung unvorstellbares Leid. Es herrscht Hunger im Land am Euphrat. Syrien hat zwar reiche Öl- und Gasquellen, doch die sind von US-Militär besetzt. Dessen Soldaten begleiten mehrmals wöchentlich kilometerlange Tanklast-Konvois mit geraubtem syrischem Öl in den Irak und in die Türkei. [36] Den Verkaufserlös, kürzlich vom Aussenministerium in Damaskus mit 107 Milliarden US-Dollar beziffert, entziehen die USA der darbenenden syrischen Bevölkerung und sacken ihn selber ein. [37]

Schlimm, das alles. Aber wo bleibt die Pointe? Ja richtig, da war doch Baerbocks russophober Beissreflex: Putin führe mit seiner Blockade des Getreideexports der Ukraine einen «Hungerkrieg» gegen die notleidenden Menschen in der Dritten Welt. [38] Und wieder erweist sich, dass die ARD-aktuell-Redaktion in Berlin (und Hamburg) dafür Belege hätte verlangen müssen, statt sich als kritikloser Transporteur volksverhetzender Propaganda zu bewähren.

«Die Hauptziele für den laufenden ukrainischen Getreideexport lagen im Juli und im August allerdings nicht in den Hungergebieten Afrikas. Hauptabnehmer von ukrainischem Weizen und Mais war vielmehr die Türkei. ... Danach folgen verschiedene EU-Länder.» [39]

Die Tagesschau hätte gemäss ihrer Sorgfaltspflicht (Medienstaatsvertrag, § 6)[40] Putins Begründung für das Aussetzen des Getreide-Abkommens objektiv und vollständig übermitteln müssen: nicht nur hatte er ukrainischen Angriffe auf den Hafen Sewastopol und auf den Schutzkorridor für den Getreideexport genannt, sondern auch, dass das Abkommen seine humanitären Ziele verfehlt habe. [41]

Ossis gehen auf die Strasse

Im Osten unserer Republik wächst der Widerstand gegen die antirussische Politik der Ampel. An den Demonstrationen beteiligen sich Tausende, und von Woche zu Woche werden es mehr. Viele Ossis haben tieferen politischen Durchblick als ihre Landsleute im Westen, im kritischen Urteil über Politiker und deren Wirken sind sie geübter. Sie sind erheblich stärker sozial sensibilisiert als die meisten Wessis; der Schaden, den Habeck und Baerbock verursachen, trifft sie zudem härter. Sogar die Tagesschau kam nicht umhin, über den Volkszorn zu berichten. [42]

Auch Dämlichkeit ist ein Menschenrecht. Niemand ausser uns Wählern kann Habeck und Baerbock daran hindern, sich als subalterne Hanswurste in den Dienst der USA zu stellen. Aber von öffentlich-rechtlichen Qualitätsjournalisten muss man verlangen, dass sie der quasi regierungsamtlichen Hetze gegen «Feind-Staaten» entgegentreten. Merksatz, wie im Titel oben: Putins Gas ist besser als Bidens Bomben. Haben wir das geschnallt, Annalena? Capito, Zamperoni?

Quellen und Anmerkungen

[1] <https://www.bundestag.de/resource/blob/880830/992e5c6be63dc8719477d83d61e70162/WD-2-085-21-pdf-data.pdf>

[2] <https://www.nzz.ch/international/deutschland-osteuropaer-und-balten-misstrauen-den-deutschen-id.1708005?reduced=true>

[3] <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=83934>

[4] <https://www.wortbedeutung.info/hudeln/>

[5] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-bt-minusma/2526052>

[6] <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/bundeswehr-mali-161.html>

[7] <https://www.labournet.de/interventionen/kriege/antimili-all/massive-kritik-an-der-fortsetzung-des-kriegseinsatzes-was-soll-die-bundeswehr-in-mali-schuetzen-die-wehrdoerfer/>

[8] <https://www.wiwo.de/politik/europa/frankreich-der-rohstoffkrieg-in-mali/7629346.html>

[9] <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mali-das-sagenhafte-reich-voller-gold-und-bodenschaetze-12024831.html>

[10] <https://www.rnd.de/politik/usa-baerbock-auf-auslandsreise-ukraine-und-klima-als-hauptthemen-QF5RCJ6MC5HUTEMSVAM46KYDNQ.html>

[11] https://www.focus.de/politik/deutschland/besuch-in-den-usa-habeck-sieht-deutschland-in-einer-dienenden-fuehrungsrolle_id_61552626.html

[12] <https://www.youtube.com/watch?v=nOMW8Kn40Lw>

[13] <https://forum.beobachter.ch/forum/thread/18765-usa-%C3%BCber-200-kriege-seit-ihrer-gr%C3%BCndung/?pageNo=4>

[14] http://www.studien-von-zeitfragen.de/Mnemeion/Hehre_Kunst_der_Provokation/hehre_kunst_der_provokation.htm

[15] <https://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/trachtenberg/methbk/ickes.pdf>

- [16] <https://www.youtube.com/watch?v=ks7hznOfTkU>
- [17] <https://www.aphorismen.de/zitat/176>
- [18] <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Friedenspreise/nobel-lit-pinter.html>
- [19] https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_90102198/klima-ukraine-und-nord-stream-2-die-plotzliche-amerika-liebe-der-gruenen.html
- [20] https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Countries/UA/29thReportUkraine_EN.pdf
- [21] https://de.wikipedia.org/wiki/Protokoll_von_Minsk
- [22] <https://www.news.at/a/usa-biden-krieg-12180967>
- [23] https://www.focus.de/kultur/kino_tv/tv-kolumne-anne-will-baerbock-will-dass-russland-nicht-mehr-auf-die-beine-kommt_id_92735159.html
- [24] <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/annalena-baerbock/fragen-antworten/sehr-geehrte-frau-baerbock-wie-wird-ihre-mitgliedschaft-im-young-global-leaders-des-weltwirtschaftsforums>
- [25] <https://taz.de/Geostrategie-im-Ukrainekrieg!/5860826/>
- [26] <https://www.srf.ch/news/international/regimewechsel-gefordert-viel-wirbel-um-den-schlussatz-des-us-praesidenten-in-warschau>
- [27] <https://www.extremnews.com/berichte/weltgeschehen/4ea1827e57f27f>
- [28] https://www.youtube.com/watch?v=_7R-0unFGgE
- [29] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2559154>
- [30] <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/us-hilfen-afghanistan-101.html>
- [31] <https://www.watson.ch/international/usa/574666678-usa-wollen-afghanische-milliarden-an-9-11-opfer-zahlen>
- [32] <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Terrorismus/martin.html>
- [33] <https://progressive.international/wire/2022-08-23-to-end-hell-on-earth-the-us-must-free-afghanistans-7bn-reserves/de>
- [34] <https://www.spiegel.de/ausland/hungerkrise-in-afghanistan-ich-habe-die-niere-meines-sohnes-verkauft-um-uns-alle-zu-retten-a-fb6b5a08-4da8-450c-a8bb-8da275653bf1>
- [35] <https://www.dw.com/de/finanzsanktionen-gegen-taliban-unmenschlich/a-60781910>
- [36] <https://thecradle.co/Article/News/17455>
- [37] <https://globalbridge.ch/so-leiden-in-syrien-die-menschen-unter-den-westlichen-sanktionen/>
- [38] <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/getreideabkommen-russland-reaktionen-103.html>
- [39] <https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/verkauft-ukraine-getreide-afrika-597271>
- [40] https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/Rechtsgrundlagen/Gesetze_Staatsvertraege/Medienstaatsvertrag_MStV.pdf
- [41] <https://meinungsfreiheit.rtdc.life/international/153077-putin-verdeutlicht-position-zum-getreide/>
- [42] <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/proteste-energiepolitik-105.html>
- Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/2022/11/02/putins-gas-statt-bidens-bomben/>

Zahlen der Impfschäden und Impf-Toten explodieren – Aber «es wird vertuscht, dass sich die Balken biegen»

hwludwig Veröffentlicht am 8. November 2022

Allein die Zahlen der Verdachtsfälle auf «Impftod» explodieren nach Hochrechnungen von Experten weltweit auf zig-Millionen. Und, besonders schockierend: Die Todesfälle von geimpften Kindern (12–15 Jahren) sind in Europa um 691 Prozent gestiegen. Doch es wird von den zuständigen Behörden, besonders in Deutschland, verschwiegen, getäuscht und gelogen, um die Wahrheit vor der Bevölkerung verborgen zu halten. Der Ex-Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen und langjährige nationale Experte bei Europol, Uwe G. Kranz, schildert nachfolgend die weltweite Entwicklung der ungeheuren Impfschäden und die kriminellen Verhaltensweisen der deutschen Behörden. (hl)

Weltweit 10 oder 20 Millionen Verdachtsfälle auf «Impftod»?

Von Uwe G. Kranz

Die kriegerischen Geplänkel im chinesischen, nordsyrischen, nahöstlichen oder nordafrikanischen Raum; die 28 Kriege, Bürgerkriege und bewaffneten Konflikte dieser Welt (Stand 2021), etwa im Kongo, in Kamerun, auf Haiti, in Mosambik, in Nigeria, in Somalia, in Äthiopien in der Zentralafrikanischen Republik und den Ländern der Sahelzone, oder der siebenjährige «vergessene» Krieg gegen den Jemen; all das überlagert von Hungersnöten, Überschwemmungen, Epidemien (Masern, Cholera, Gelbfieber, Malaria etc.), Flüchtlingsströmen, entsetzlichem Kinderleid und nun dem Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland – bis zum letzten Ukrainer, inzwischen gerne auch nuklear bis zum letzten Europäer, Staatsterrorismus inclusive: Das alles lenkt das Augenmerk des Beobachters von den schrecklichen Folgen der Bekämpfung des Corona-Virus ab, und ist vielleicht sogar Teil des Ganzen.

Denn während sich das alles vor unseren (teils verschlossenen) Augen abspielt und jeweils selektiv unsere Wahrnehmung fordert, explodieren die Impfschäden weltweit immer weiter, in immer bedrohlicherem Ausmass. Nicht erst nach der Veröffentlichung von «Euro-MOMO», dass die Zahl der Todesfälle von geimpf-

ten Kindern (12–15 Jahren) in Europa um 691 Prozent gestiegen sei (nachzulesen in den dortigen Bulletins 33 und 36), hätten eigentlich alle Medien Alarm schlagen und auf Aufklärung dieser eklatanten Übersterblichkeit drängen müssen. Die Folge jedoch: Euro-MOMO passte die Baseline an, um den Anstieg zu relativieren!

Klare Korrelation: Je mehr Geimpfte, desto höhere Sterblichkeit

Vor wenigen Tagen erregte sich der rumänische Europaabgeordnete Christian Terhes darüber, dass die Übersterblichkeit in der Europäischen Union um 16 Prozent über dem dreijährigen Durchschnitt der Jahre 2016–2019 liege. Der EU-Parlamentarier demonstrierte zudem anhand einer Karte, dass die Länder mit der höchsten Impftrate europaweit auch die höchsten Sterblichkeitsraten haben, und forderte, diese Zusammenhänge endlich wissenschaftlich zu untersuchen. Eine Reaktion kam weder von den zuständigen europäischen (European Medicines Agency, EMA) noch von deutschen Agenturen (Robert-Koch- sowie Paul-Ehrlich-Institut, RKI/PEI). Die Politik duckte sich weg.

Dabei hatte die Charité Berlin schon im März 2022 einen Anstieg der Zahl schwerer Impf-⟨Nebenwirkungen⟩ (eigentlich: Impfschäden) um das Vierzigfache (!) (Hervorhebungen hl) errechnet. Vielleicht war das der Grund dafür, dass Professor Christian Drosten, der Direktor des Virologischen Instituts, das diese Berechnungen anstellte, so plötzlich und unerwartet das Corona-Experten-Team verlassen hatte (und seither weitgehend in der medialen Versenkung verschwunden ist)? War es die Angst vor der drohenden Erkenntnis, dass die hohe Zahl der Todesfälle im direkten oder nahen zeitlichen Zusammenhang mit der Covid-⟨Impfung⟩ offenkundig ist und noch weiter ansteigen wird? Die Angst vor weiteren Spätfolgen, die Monat für Monat neu erkannt oder nun vermehrt aufgetürmt werden? Angst vor der strafrechtlichen Verantwortung, vor Schadensersatzforderungen? Angst vor dem womöglich noch folgenden Nachweis, dass die Spritze gar als eine Art staatliche Mordwaffe zur Populationsverdünnung eingesetzt worden sein könnte?

Tödliche Verdachtsfälle: Verschwiegen und verleugnet

Dass die Corona-⟨Impfstoffe⟩ viele, viele Hunderttausende Menschen schwer schädigen und die Impfärzte wohl schon heute -zigtausende Tote auf dem Gewissen haben, das habe nicht nur ich seit langem betont, sondern darauf weisen auch viele Wissenschaftler, Mediziner, Experten in den sozialen Medien seit geraumer Zeit hin. Inzwischen leugnen es nun nicht einmal mehr die Mainstream-Medien. Sie nähern sich zwar in kleinen Schritten der Wahrheit, schweigen sich jedoch noch immer lieber darüber aus. Sie nehmen das abgetauchte und dafür eigentlich zuständige PEI und seinen ebenfalls schweigenden Präsidenten, Klaus Cichutek, nicht ansatzweise in die Mangel. Sie fragen nicht nach den verheimlichten Zahlen und Daten – etwa zu schweren Impfschäden bei Kindern. Sie investigieren nicht die fehlenden Aufklärungsbemühungen dieser Behörde, die doch genau für die transparente Überwachung von Impfstoffen ins Leben gerufen worden war.

Ja, sie fragen sich noch nicht einmal, warum die frühere Flut der behördlichen Sicherheitsberichte nach und nach versiegt ist. 2021 erschienen sie noch monatlich, dann ab 2022 angeblich quartalsweise, allerdings ist erst im Juli ein ausführlicher Sicherheitsbericht erschienen («...seit Beginn der Impfkampagne in Deutschland vom 27.12.2020 bis zum 30.6.2022»). Das mit den ⟨Quartalsberichten⟩ muss das PEI offenbar noch lernen – aber das mit den Auswertungen nicht minder: Den in diesem Zeitraum durchgeführten 182'717'880 ⟨Impfungen⟩ (im Bericht sauber aufgeschlüsselt nach Hersteller) stünden, so heisst es da, 323'680 gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen gegenüber. Damit betrüge die Melderate 1,8 Meldungen pro 1000 Impfdosen, für Verdachtsfälle schwerwiegender Nebenwirkungen und Impfkomplicationen (Tote?) 0,3 Meldungen pro 1000 Impfdosen. Das ist doch wohl ein gesundes Verhältnis, oder? Allerdings sieht die Wahrheit jenseits dieser Milchmädchenrechnung anders aus – bedenkt man, dass allenfalls 5 Prozent aller Impfschäden (in einzelnen Patienten- und Versichertengruppen noch deutlich weniger) von den Ärzten wirklich gemeldet werden, die für entsprechende Meldeberichte weder Zeit haben noch eine Vergütung erhalten.

Das PEI versagt: Strukturelle Vertuschung!

Seit Jahresbeginn werden die Zahlen der Verdachtsfälle auf ⟨tödliche Impfschäden⟩ (speziell bei Kindern) zudem gar nicht mehr und andere relevante Daten kaum mehr rapportiert (⟨einzelne Fälle einer Myokarditis und/oder Perikarditis⟩, ⟨kein Risikosignal zu Meldungen von chronischem Müdigkeitssyndrom und Long COVID-ähnlichen Beschwerden⟩ oder ⟨...zu verschiedensten Zyklusstörungen bei Frauen im gebärfähigen Alter⟩). Wer die internationale Lage kennt und die Forschung verfolgt, kann da nur noch den Kopf schütteln. Dieser Bericht ist reine Makulatur, grenzt an Volksverdummung; der wissenschaftliche Wert dieser ⟨Auswertung⟩ ist gleich Null. Gesundheitspolitisch haben wir es mit einem epischen Desaster zu tun. Es wird vertuscht, dass sich die Balken biegen. Und warum? Vielleicht, weil man in geheimer Absprache den negativen Vorbildern aus Kanada, USA und Grossbritannien folgen möchte, um das internationale genmanipulierende Massenexperiment so lange wie möglich weiterführen zu können?

Das PEI, das direkt dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), also SPD-Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach unterstellt ist (Deutschlands mächtigstem/prominentesten Quacksalber, so Julian Reichelt), verweigert inzwischen sogar die Auskunft auf konkrete und gezielte Presseanfragen – sicherlich nicht ohne höchstpersönliche ministerielle Rückendeckung. Mehr Demokratiedefizit geht eigentlich nicht. Ein Fall für die ministerielle Dienst- und Fachaufsicht? Ach was! Das ist schliesslich so gewollt und zeugt von der gelebten Arroganz der Macht im Hause Lauterbach. Der gemeine Pöbel solle sich mit den Daten begnügen, die in einem weiteren Sicherheitsbericht vom 7. September 2022 kundgetan wurden: Auch in diesem Bericht fehlen die Angaben über schwere und tödliche Verdachtsfälle nach der Impfung von Kindern völlig, die genaue Anzahl aller Verdachtsfälle wird der Öffentlichkeit ebenso vorenthalten, da man es wegen «der inzwischen hohen Anzahl geimpfter Personen mit den entsprechenden Informationen zu möglichen Impfnebenwirkungen beziehungsweise Impfkomplicationen für angemessen (hält) auf eine sich wiederholende Darstellung gleicher Erkenntnisse in Zukunft zu verzichten und die Berichterstattung auf wichtige Einzelaspekte sowie neue Erkenntnisse zu fokussieren.»

Grösstes öffentliches Interesse ist wohl das Kindeswohl

Es geht aber noch unverschämter: «Das PEI hat entschieden, über den Sicherheitsbericht hinaus nur bei tatsächlich neuen Hinweisen entsprechend zu kommunizieren und für Einzelauswertungen zur Verfügung zu stehen.» Und weiter, auf gezielte journalistische Nachfrage: «Das Paul-Ehrlich-Institut weigert sich keinesfalls, «relevante Daten von grossem öffentlichem Interesse» herauszugeben. Die von Ihnen angefragten Zahlen erfüllen dieses Kriterium jedoch nicht. Denn allein die Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle erlaubt keine Aussagen hinsichtlich der Sicherheit der Impfstoffe.» Die Zahl der Todesfälle bei Kindern ist also nicht von «grossem öffentlichem Interesse»? Hat das das göttliche PEI oder Karl Lauterbach so entschieden? Wo steht überhaupt im PEI-Gesetz etwas von «grossem öffentlichem Interesse»? Wann ist das öffentliche Interesse gross? Wenn wohl etwas von grösstem öffentlichem Interesse ist, dann ist das die Gesundheit und Zukunft unserer Kinder. Diese Zahlen gehören aufgedeckt, analysiert, wissenschaftlich erforscht und nicht unter den Teppich gekehrt!

Gesetzliche Aufgabe des PEI ist – unter anderem – «die Beratung von Antragstellern in wissenschaftlichen und prozeduralen Fragen, die Informationen für Patientinnen und Patienten bzw. Verbraucherinnen und Verbrauchern». Und zu den Leitprinzipien des PEI gehören «Unparteilichkeit sowie ... Verschwiegenheit, wo notwendig, und Transparenz, wo immer nur möglich!» Hier steht nichts von «grossem öffentlichem Interesse»! Dieses öffentliche Interesse auf gezielte Presseanfrage hin zu negieren ist starker Tobak; es ist geradezu dreist. Untertan, sei still, mach Platz – husch, ab ins Körbchen! Und die Mainstream-Presse schweigt sich angesichts solcher ungeheurer, verfassungswidriger Attitüden staatlicher Macht einfach aus.

Wo kein Wille, da kein Wissen

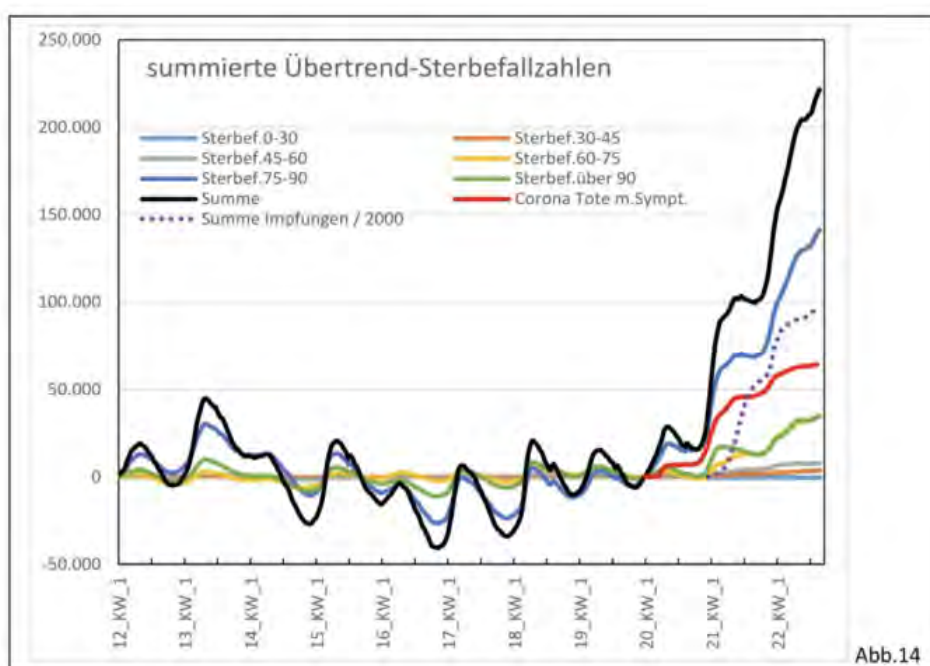
Dies alles liegt auf einer Wellenlänge mit der konstant veröffentlichten Falschbehauptung (genauer: der öffentlichen Lüge) Lauterbachs, dass täglich 500 (Aussage Februar 2022, u.a. auf Twitter) respektive 100 (Aussage September 2022, bei «Markus Lanz») Corona-Tote zu befürchten seien, woran er sich «nicht gewöhnen» wolle. Ich für meinen Teil werde mich jedenfalls ganz sicher nicht an diese «wahrscheinlichkeitsbefreiten, demagogischen Behauptungen» (Professor Dr. Klaus Stöhr) dieses Gesundheitsministers gewöhnen, egal in welchen Medien er sie propagiert. Und mit nichts anderem als mit Staatspropaganda haben wir es hier zu tun – vor allem, was die 20 Millionen Euro teuren Fake-«Fakten-Booster»-Anzeigen in den Tageszeitungen angelangt – ja, genau die mit dem stilisierten Hohlkopf ohne Augen. So entsteht eine auf tatsächlichen Fehlinformationen gründende Massenpsychose: Die Regierung versucht jegliche Kritik zur Covid-Politik im Keim zu ersticken, aber will keinerlei Information und Aufklärung der Bevölkerung!

Information und Aufklärung wären allerdings tatsächlich dringend geboten, erhält doch das PEI (wie von mir in mehreren früheren Beiträgen auf Ansage! dargelegt) allenfalls rund fünf Prozent aller erforderlichen Meldungen, und wenn, dann noch am ehesten von Impfpfern selbst, deren Angehörigen oder NGO's, nicht aber den Ärzten. Auch über die Ursachen hatte ich schon mehrmals geschrieben, nochmals: Angeblicher übermässiger Zeitaufwand (ich selbst füllte die Meldung in weniger als 10 Minuten aus) und keine Honorierung dieser Leistung nach der Gebührenordnung Ärzte (GOÄ), was längst und einfach hätte geregelt werden können – wenn man denn den politischen Willen zur Aufklärung hätte! Aber wo kein Willen ist, da ist auch kein Wissen. Dennoch rechnen Ärzte, die angeblich keinen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) meldepflichtigen Verdachtsfall erkennen können und deshalb die Meldung an das PEI unterlassen, diesen aber fleissig bei den Kassen ab, indem sie ihre Massnahmen als Leistungen zur «Behandlung von Impfschäden» mit den entsprechenden ICD-Codes in Rechnung stellen. Dann gebt doch den armen Ärzten endlich was für die Meldung! Wenn das Gesundheitssystem 28 beziehungsweise 36 Euro für das «Impfen» stemmen kann, kann es sich auch die Vergütung einer Meldung an das PEI leisten; die Abgabe dieser Meldung müsste nur Voraussetzung für die Vergütung der Behandlungsleistungen sein. Dann würde endlich, ratzbatz, Klarheit herrschen. Doch das ist nicht gewollt.

«Plötzlich und unerwartet»

Die schweizerische Vereinigung von Polizisten und das Netzwerk von Ärzten und Wissenschaftlern «Aletheia» hat wegen der dramatischen Zunahme von plötzlich und unerwarteten Todesfällen im zeitlichen Zusammenhang mit mRNA-«Impfungen» dazu aufgerufen, endlich der gesetzlichen Ermittlungspflicht nachzukommen: Lückenlose Aufklärung dieser ungeklärten oder unnatürlichen Todesursachen, mehr Obduktionen (gegebenenfalls auch randomisiert), Einleitung rechtlicher Schritte gegen Verantwortliche und gesetzliche Regelungen. Die Forderung geht an Polizisten/Kriminalisten, Staatsanwälte, Rechtsmediziner und andere Ärzte – und an die Politik! Dieser Aufruf gilt auch allen deutschen Strafverfolgern, Medizinern und Politikern. Wenig überraschend jedoch, wurde dieser Ansatz bislang leider kaum verfolgt.

Die Übersterblichkeit in der EU nahm im Juli 2022 um über 16 Prozent zu. Das bedeutet, dass im Vergleich zum dreijährigen Mittel (2016–2019) zusätzlich 53'000 Menschen mehr gestorben sind. In Deutschland sterben normalerweise täglich durchschnittlich 2500 Menschen. Die Zahl stieg im Juli 2022 um 15,2 Prozent. Damit hatte Deutschland noch den geringsten Anstieg aller europäischen Staaten zu verzeichnen: Spitzenreiter war Island mit 55,8 Prozent Übersterblichkeit, gefolgt von Spanien (36,9 Prozent), Liechtenstein (35,8 Prozent), Zypern (32,9 Prozent), Griechenland (31,2 Prozent), Portugal (28,8 Prozent), Schweiz (25,9 Prozent), Italien (24,9 Prozent), Österreich (17,5 Prozent), Slowenien (16,5 Prozent), Irland (16,3 Prozent), die Niederlande (14,7 Prozent) und Frankreich (14,1 Prozent).



(Quelle: Corona-Blog.net)

Von dieser Entwicklung sprechen nicht nur die Zahlen aus den Datenbanken, sondern auch die offiziellen Gremien streuen weltweit solche Informationen, sorgfältig im Dunstnebel der Russland-Ukraine-Konflikt-Berichterstattung verborgen. Erst bei der Zusammenschau wird deutlich: Die US Centers for Disease Control and Prevention (CDC) mit ihrer VAERS-Datei, das britische Office for National Statistics (ONS) sowie die UK Health Security Agency (UKHSA), die schottische Agentur Public Health Scotland (PHS), die kanadische Agentur Health Canada (HC, auf Englisch) bzw. Santé Canada (SC, auf Französisch), das neuseeländische Gesundheitsministerium, die EMA mit ihrer Datenbank Eudravigilance: Sie alle veröffentlichen mehr oder weniger verborgen und heimlich Daten, aus denen man die erschreckende Wahrheit leicht ablesen kann.

Aber die Mainstreammedien lesen sie nicht, verstehen sie nicht, ignorieren sie, replizieren lieber die staatliche Propaganda; das macht weniger Mühe und deckt sich mit den eigenen Überzeugungen, die nahtlos in Selbstbetrug übergehen. Und so entwickelt sich sukzessive der Nährboden einer durch die «Impfstoffe» erworbenen Immunschwäche, international bekannt unter dem Namen V-AIDS – die Vorstufe zur wohl bislang schlimmsten globalen Krise der öffentlichen Gesundheit. Beweise für Millionen von Todesfällen und schwerwiegende unerwünschte Ereignisse, die sich aus den experimentellen COVID-19-Injektionen ergeben haben, lassen sich aus den Datenbeständen recherchieren, auch wenn es nicht immer einfach ist: So wäre die VAERS-Meldung aus den USA vom 28. März 2022 eigentlich einen internationalen Aufschrei wert gewesen: Unter der Überschrift «Erneuter massiver Anstieg der Todesfälle bei Föten nach Covid-Injektionen» berichtete VAERS von 5294 Schwangerschaftskomplikationen und 4377 Fehlgeburten.

Übersterblichkeit und das Fortpflanzungssystem

Zeitgleich wurde aus Grossbritannien (MHRA) bekannt, dass die Zahl der Reproduktions- und Brustkrankheiten rasant auf 56'970 und die Zahl der schwangerschaftsbedingten Erkrankungen auf 1155 angestiegen ist (darunter 806 Fehl- und Totgeburten); VigiAccess, der Datenbank der WHO, war zu entnehmen, dass die Erkrankungen des Fortpflanzungssystems und der Brust auf 186'709, und die schwangerschaftsbedingter Erkrankungen auf 9840 Fälle angestiegen waren – darunter 6235 Fehlgeburten und Totgeburten. Diese Trends wurden übrigens weltweit beobachtet – Tendenz weiterhin deutlich steigend; aber öffentliche und mediale Resonanz: Fast Null! Unter Beachtung der eingeräumten Tatsache, dass weltweit nur 1–5 Prozent der eigentlich verpflichtenden Meldungen Eingang in die Datenbanken finden, eine desaströse Bestandsaufnahme!

Der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD) hat mit dem Statiker Dipl. Ing. Volker Fuchs im Kampf gegen die Anti-C-Massnahmen einen äusserst wertvollen Mitstreiter gewonnen, der ein spezielles Analyseprogramm zur Auswertung zunächst der US-Impfdatenbank VAERS und der UK-Datenbank ONS entwickelte, aus dem sich auch die Zahlen zu Impftoten und Impfgeschädigten für Deutschland (wo die Daten wie oben beschrieben unterdrückt werden) durch mathematische Umrechnung ermitteln lassen. Per Stand Ende August wurden so für die Weltbevölkerung rund 10 Millionen Impftote (Verdachtsfälle) ermittelt; davon entfielen auf Deutschland rund 130'000 Tote – wobei die Anteile Geimpfter und Ungeimpfter sowie die Mortalitätsrate wegen fehlender Angaben nicht genau ermittelt werden konnten.

Lebt das RKI in einer anderen Galaxis?

Aus der US-Datei VAERS, die nur rund 1 Prozent aller Fälle erfasst, ergeben sich danach 900'000 Impftote und 40 Millionen Impfgeschädigte. Aus den Angaben der (noch!) alle zwei Monate erscheinenden englischen ONS-Tabelle Nr. 1, die den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Mai 2022 erfasst, lässt sich errechnen, dass die 3-fach-Geimpften eine 5,4-fache Mortalität zeigen, sofern die Impfung schon über 21 Tage zurückliegt; innerhalb diesen Zeitfensters liegt die Mortalität «nur» beim 3,2-Fachen. Der Grund ist einleuchtend: Mit jedem Booster wird das körpereigene Immunsystem weiter und stärker ruiniert. Deshalb sind auch bei den 1-fach und 2-fach Geimpften die Mortalitätsraten niedriger. Zumindest gilt dies im internationalen Vergleich.

Die Zahlen des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI) sind dagegen völlig konträr zu den ONS-Zahlen: Da sind die 1-fach Geimpften absolute Spitzenreiter (3,5-fach), und die Geboosteten (3-fach-Geimpfte) schneiden wesentlich besser ab (1,7-fach). Erkennt das Virus also nationale Grenzen? Verhält es sich in Grossbritannien oder den USA anders als in Deutschland? Wirkt Karl Lauterbachs Impfkampagne mit dem «Fakten-Booster» (Sie wissen schon, die Annonce mit dem Hohlkopf...) etwa Wunder? Was am deutschen Zahlen-Salat stimmt eigentlich noch? Bedenkt man die eingangs erwähnte Feststellung des PEI, dass nur 323'68 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen gemeldet worden seien, und bedenkt man, dass es sich dabei nur maximal um ein Zwanzigstel (!) aller tatsächlichen Fälle handelt, dann kommt man für Deutschland recht schnell auf ca. 6,5 Millionen Impfschäden. Das alles mutet reichlich dubios an. Aber was solls: Auf zur vierten Impfung! Die ist ja schon an 32 Mäusen getestet.

Wer Augen hat zum Lesen, der lese

Das Fazit der oben angeführten mathematischen Analyse lautet also, dass im Zeitraum von 1. Januar 2021 bis zum 31. August 2022 in Deutschland rund 1,7 Millionen Menschen starben, von denen 290'000 ungeimpft und 1,41 Millionen geimpft waren. Der Anteil der Impftoten mit Covid lag bei 9,2 Prozent – und damit bei rund 130'000 Toten. Wer dies nachprüfen will, kann dies hier unter der Rubrik «Download/Zahlen/Fakten» anhand der dort niedergelegten vielfältigen Statistiken, Grafiken und Tabellen gerne nachlesen. Auf jeden Fall darf man dieser mathematischen Expertise mehr vertrauen als allen Veröffentlichungen der staatspropagandistischen «Schwachmatiker» von RKI und PEI zusammen, die keinerlei Interessen zeigen, die Wahrheit zu erforschen oder den tatsächlichen Zahlen auf den Grund zu gehen.

Wer selbst nachrecherchieren will, könnte auch die aufwändigen, auf den amtlichen Zahlen von Destatis beruhenden Analysen eines Physikers, der sich «Archi.medes» nennt, heranziehen (siehe hier), nach denen die bevölkerungsnormierten Sterbefallzahlen langfristig in fünf der sechs untersuchten Altersgruppen so heftig angestiegen seien, dass er Alarm schlagen müsse und den sofortigen Stopp der sogenannten «Impfung» fordere. Wer dies nachprüfen will, sollte auch die statistischen Hochrechnungen von Peter Halligan studieren, von Haus aus ein erfahrener Finanzanalyst, der sich auf seinem Portal «Substack» ebenfalls intensiv mit den Todes- und Morbiditätsfolgen des weltweiten, genmanipulierenden Massenexperiments.

Sofortiger Stopp des Wahnsinns alternativlos

Die Zahl der schwerwiegenden Impfschäden berechnete er gar auf mittlerweile zwei Milliarden. Alle denkbaren Kollateralschäden, Suizide, Totgeburten, Schäden im Fortpflanzungssystem der Menschen, unerforschte oder noch unbekannt Langzeitfolgen, die unter andere der fortschreitenden Immunsuppression ge-

schuldet sind, wurden dabei noch gar nicht einberechnet. Diese Zahlen sind erschütternd und erfordern allein den sofortigen Stopp aller Impf-Massnahmen.

Mathematiker, Statistiker, Statiker und viele andere Experten und Wissenschaftler: Sie alle tun die Arbeit, die eigentlich gesetzliche und politische Aufgabe von PEI, RKI, Bundesgesundheitsminister Lauterbach und den Regierungen in Bund und Ländern wäre. Diese aber vergeuden unsere finanziellen und personellen Ressourcen für Regierungspropaganda, um wissenschaftlich Unbrauchbares zu erzeugen, zu verschleiern und zu vertuschen. Sie sollten, sie müssten sich endlich von echten Experten beraten lassen. Übrigens – erinnern Sie sich? Contergan wurde nach vier Jahren und rund 2000 Toten vom Markt genommen. Und der Vogelgrippe-Impfstoff wurde nach nur 35 Todesfällen vom Markt genommen ...

Deshalb: Stoppt diesen Wahnsinn! Jetzt, sofort!

Zur Person:

Uwe G. Kranz: Kriminalist von der Pike auf; Gründer und Ex-Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen; langjähriger Aufbauhelfer/Projektmanager Europol; Redner in 20 Jahren bei Europäischen Polizei- und Sicherheitskongressen; Autor für Europarat, Fachzeitschriften, Behördenspiegel oder hallo-meinung; Schwerpunkte: Organisierten Kriminalität, Extremismus/Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel, (sexueller) Kindesmissbrauch, Migration und (neu) Themen rund um die Covid-Plandemie; Motto: Wehret den Anfängen!

Auf freundliches Angebot wurde der Artikel von ansage.org übernommen:

<https://ansage.org/weltweit-10-oder-20-millionen-verdachtsfaelle-auf-impftod/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/08/zahlen-der-impfschaden-und-impf-toten-explodieren-aber-es-wird-vertuscht-dass-sich-die-balken-biegen/>



Ein Artikel von: Redaktion, 7. November 2022 um 14:00

Die Ehefrau des in London inhaftierten WikiLeaks-Gründers stellte sich am Freitag, den 14. Oktober, bei der Berliner NoisyLeaks-Ausstellung den Fragen des Publikums. Dominik Wetzel hatte dabei Gelegenheit, ihr für die NachDenk-Seiten einige Frage zu stellen und hat für unsere Leser Auszüge aus dem Gespräch mit der Öffentlichkeit niedergeschrieben. Ihre Antworten lassen tief blicken.

Stella Assange: Willkommen! Es ist gut, so viele freundliche Gesichter zu sehen. Am Samstag, den 8. Oktober, hatten wir eine Aktion in London, wo wir die Menschen dazu aufgefordert haben, eine Menschenkette zu formen. Es war überwältigend. Es wurde sogar ein Transportstreik ausgerufen. Viele Menschen haben gesagt, das nicht zu tun, weil es nicht funktionieren würde. Wir haben errechnet, wir würden 5000 Leute brauchen, aber es kamen viel mehr, mindestens 7000. Ausserdem kam Julian in die engere Auswahl des Sacharow-Preises, was wirklich unerwartet war. Für uns ist allein die Nominierung schon ein grosser Sieg. Doch dann fanden wir heraus, dass er unter den drei Finalisten ist, und das ist gewaltig. Nur der Kontrast: Die USA wollen ihn für 175 Jahre ins Gefängnis stecken und das europäische Parlament möchte ihm die höchste Auszeichnung für Menschenrechte und Gedankenfreiheit geben. An dem Punkt, an dem wir gerade sind, sind die Dinge wirklich krass.

Wir müssen weiter machen und weiter Unterstützung für die Bewegung aufbauen. Die Auszeichnungen, die Anerkennungen, die Denunziation dessen, was vor sich geht; all das ist wichtig, damit die Auslieferung politisch unmöglich wird. Denn dies ist kein rechtliches Verfahren, das durch die Gerichte geht, hier werden die Gerichte benutzt, um Julians Haft zu verlängern. Worum es im Kern geht, ist, dass die Kriminellen die Macht des Staates ergriffen haben, um die Person zu verfolgen, die sie denunziert hat. Derjenige, der versucht hat Rechenschaft zu bringen, wurde zum Opfer des

Gesetzesmissbrauchs. Es geht also darum das umzudrehen. Sie haben die Sichtweise in Bezug auf Julian verkehrt und haben ihn in jemanden verwandelt, der das Ziel ihrer Verbrechen ist.

Sie haben die Realität verkehrt, also müssen wir sie zurückdrehen, um zu zeigen, dass er derjenige ist, der das Richtige getan hat und dass sie die Kriminellen sind. Sie sind nicht nur kriminell wegen dem, was er über sie veröffentlicht hat, sondern auch wegen der Massnahmen, die sie gegen ihn unternommen haben. Wir müssen anfangen, sie als das zu benennen, was sie sind: Sie sind die Kriminellen und Julian ist der Journalist. Julian steht für Wahrheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit und sie für das Gegenteil.

Ich war ziemlich schockiert, als ich die Nachricht gelesen habe, dass Julian mit Covid infiziert ist, und ich habe mich gefragt, wie das in einem Hochsicherheitsgefängnis passieren kann, dass man nicht vor Covid geschützt ist?

Das war immer das Frustrierende während der sechs oder sieben Monate, in denen ich Julian nicht sehen konnte, dass er, während der schlimmsten Phasen der Pandemie, nie vor Covid geschützt war. Denn an einem Ort wie dem Belmarsh-Gefängnis gibt es etwa 800 Gefangene, aber auch 500 Angestellte. Menschen kommen die ganze Zeit rein und raus, werden infiziert etc. Wenn man sich durch das Gefängnis bewegt, geht man ausserdem durch Warteräume, in die sie alle Gefangenen zusammensetzen. 30–40 Gefangene, die für ein bis zwei Stunden in einem Raum bleiben. Er hat es wahrscheinlich in einem Warteraum bekommen und ist nun im Lockdown in seiner Zelle, die er seit Samstag letzter Woche nicht verlassen hat.

Es hat den Anschein, dass Assanges Verfolgung der Fall ist, an dem man in Echtzeit den Verfall und die Korruption des britischen Rechtssystems beobachten kann. Sie sind selbst Anwältin, was hat das mit Ihrem Vertrauen in den britischen Rechtsstaat gemacht?

Ich denke, es gibt niemanden, der diesen Fall beobachtet – mit Erfahrung eingeschlossen – der nicht konstant von dem schockiert ist, was seit 2010 passiert. Wenn man zum Beispiel darüber nachdenkt, dass die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen im Februar 2016 ihre Entscheidung zu dem Fall geliefert hat.

Es war keine naive Erwartung, dass, wenn Julian die gewinnt, sie sich an die Entscheidung halten würden, denn das ist das höchste Entscheidungsgremium zum Thema willkürlicher Verhaftungen. Doch was passierte, ist, dass sie sich wie die schlimmsten Verfechter willkürlicher Inhaftierung verhalten haben. Es wurde sich lachend darüber hinweggesetzt, obwohl es eine rechtsverbindliche Entscheidung war, die sich auf international bindende rechtliche Verpflichtungen bezieht und sie haben es einfach ignoriert. Das hat uns ziemlich die Augen geöffnet, dass sie bereit waren, ihre internationalen Verpflichtungen für jeden offensichtlich zu missachten.

Ein weiteres Beispiel war im Jahr 2012. Julian ging am 19. Juni 2012 in die Botschaft. Am 16. August erklärte Ecuador, dass sie ihm politisches Asyl gewähren. Sie haben also zwei Monate darüber nachgedacht. In dieser Zeit gab es im Königreich eine Menge Einschüchterung auf dem diplomatischen Level. Als Ecuador verkündete, dass sie ihm Asyl gewähren, wurde damit gedroht, die Botschaft zu stürmen. Ecuador verurteilte das öffentlich und auch der ganze latein-amerikanische Block positionierte sich dagegen. Am 16. August wurde schliesslich öffentlich verkündet, dass Julian ein politischer Flüchtling ist. An dem Tag, als Ecuador erklärte, dass Asyl gewährt wird, war sehr viel Polizei ausserhalb des Gebäudes. Davon gibt es ein berühmtes Bild, als um die Botschaft herum hunderte Polizisten, Unterstützer und Presseleute waren. Die Presse konnte ein Foto vom Klemmbrett eines Polizisten machen, auf dem stand: Assange verhaften, selbst wenn er diplomatische Immunität hat, selbst wenn er in einem Diplomatwagen ist.

Im Kern wies England seine Polizei dazu an, die Wiener Konvention zu brechen, um Julian zu kriegen. Wir befinden uns also auf diesem Level, an dem sie das Gesetz brechen und sich hinterher mit den Konsequenzen befassen. Sie werden vor Gericht argumentieren, dass es legal ist und es irgendwie begründen, aber die Priorität war, Julian zu bekommen. Julian zu verfolgen, war die ganze Zeit das oberste politische Gebot und das steht über dem Gesetz. Für Julian war es ein konstanter Kampf, seine Rechte anerkannt und respektiert zu bekommen, die wurden aber zunehmend missachtet. Was bedeutet es für Assange und für Sie, für den Sacharow-Preis nominiert zu sein, in Anbetracht dessen, dass er ihn wohl nicht bekommen wird. Wird das etwas ändern?

Die Nominierung zum Sacharow-Preis ist gewaltig. Tatsächlich war ich am Dienstag in Brüssel und ich hatte ein Gespräch mit einigen Parlamentariern vor Ort. Etwa 40 Mitglieder des Parlaments hatten ihn nominiert und manche sagten, er würde niemals gewinnen, denn der Sakharov Preis ist zum Werkzeug des politischen und diplomatischen Pragmatismus geworden. Meine Antwort war: Ich bin nicht mit der Erwartung hier, dass Julian gewinnen wird, ich bin hier, weil Sie ihn nominiert haben und das gewaltig ist. Es ist deswegen so gross, weil die Finalisten-Platzierung zu einem mächtigen Werkzeug für mich wird, mit dem ich die Kampagne fortsetzen kann. Es erhöht sein politisches Profil enorm. Das ist kein Randthema, wenn du einer der 3 Finalisten für den höchsten Menschenrechts- und Meinungsfreiheitspreis des Europäischen Parlaments bist. Dies ist im Zentrum des politischen Hier und Jetzt und niemand kann das bestreiten. Jede Initiative, gross und klein, baut Schwung und den politischen Kontext auf, der gebraucht wird, damit Julians Fall konstant im Zentrum der Diskussion steht. Die anderen Nominierten sind das Volk der Ukraine, Zelensky, und die Columbia Truth Commission. Es ist egal, dass er nicht gewinnt. Er ist einer der drei Finalisten und das gestattet uns, mit einer breiteren Öffentlichkeit zu arbeiten.

Könnten Sie darüber reden, wie stark das Engagement zu dem Thema in den jüngeren Generationen ist?

Jüngere Leute involviert zu bekommen, ist wirklich wesentlich. Zum Teil, weil sie noch nicht durch Karrierefortschritt und solche Dinge kompromittiert sind. Wir engagieren uns in England zunehmend mit Universitäten und ich habe in letzter Zeit ein paar Podcasts gemacht. Einen mit Russel Brand und auch mit Jordan Peterson. Ich versuche, unterschiedliche politische Haltungen zu überbrücken, denn ich denke, es braucht eine kritische Masse an Menschen, um Julian freizubekommen. Dafür muss man zum Kern der Sache gehen: Egal ob links oder rechts, die meisten Menschen sind sich darüber einig, dass Wahrheit kein Verbrechen sein sollte, dass man Verleger nicht ins Gefängnis steckt und dass Kriegsverbrechen verfolgt werden sollten. Ich denke, es geht auch darum, einen Diskurs der Gemeinsamkeit zu finden, was sehr bezeichnend für unsere Zeit ist, richtig? Alles ist so polarisiert, aber es gibt gemeinsame Nenner und wir müssen uns darauf einigen, was diese gemeinsamen Nenner sind.

Sie sind an der Frontlinie, die Pressefreiheit zu verteidigen. Wie viel Unterstützung haben Sie von den Medienhäusern erhalten, mit denen WikiLeaks zusammengearbeitet hat?

Sie haben das absolut Mindeste getan. Sie sind im Wesentlichen auf der richtigen Seite der Geschichte, dahingehend, dass sie ein Impressum aufgesetzt haben, das erklärt, dass Julian nicht verfolgt werden soll und dass hier ein Angriff auf die Pressefreiheit stattfindet. Doch ehrlich gesagt sollten sie mehr tun. Sie sollten mindestens eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlichen, die besagt: Assange sollte freigelassen und die Angelegenheit fallen gelassen werden. Eine gemeinsame Erklärung der fünf ursprünglichen Partner. Das wäre wirklich einfach und offensichtlich. Ich denke, das Problem ist, manche Zeitungen schämen sich, weswegen sie sich lieber nicht ins Rampenlicht stellen. Besonders der Guardian. Die Sache ist die: Wenn die Presse, und besonders diejenigen, die am engsten an diesen Veröffentlichungen gearbeitet haben, diejenigen, die auf derselben Grundlage bestraft werden könnten, sich irgendwie anders verhalten hätten, dann bin ich überzeugt davon, hätte Julian keinen einzigen Tag im Gefängnis verbracht. Und an jedem Tag, der vergeht, versagen diese Zeitungen, das Richtige zu tun.

Wie sind Sie dazu fähig, weiterzumachen im Angesicht dieser unglaublichen Ungerechtigkeit? Wie halten Sie Schritt und bewahren Haltung? Wie gehen Sie damit um?

Für Julian zu kämpfen, ist der einfache Teil. Es gibt viel öffentliches Interesse und man macht einfach weiter. Es gibt überall viele Menschen, die helfen wollen. Für Julian zu kämpfen, ist einfach, denn ich will, dass er frei ist. Man braucht keine weitere Motivation. Der harte Teil ist, dass man es teilweise mit richtigen Psychopathen zu tun hat. Das ist nicht die Mehrheit und ich bin nicht wirklich betroffen von Twitter und so, aber sie existieren. Man versucht lediglich, die Bedeutung des Falls zu kommunizieren, und dann trifft man Menschen, die einfach psychologisch extrem bizarr sind. Aber ich denke, das liegt in der Natur der Sache, mit der Öffentlichkeit zu interagieren, oder mit Leuten, die nur so tun, als wären sie Unterstützer. Ich habe einige ausserordentlich konzentrierte Angriffe und geplante Geschichten gegen Julian erlebt, über Jahre. Ich weiss, womit ich es zu tun habe.

Die ganze CIA-Operation in der Botschaft – manche Leute haben gesagt: «Oh, mein Gott, wie ist es herauszufinden, dass sie versucht haben, die DNA aus der Windel deines Kindes zu stehlen und dass sie geplant haben, ihn umzubringen?» Die Sache ist die, ich wusste es.

Ich «wusste» es nicht, nicht im Detail, wir hatten nicht die spanischen Whistleblower und wir hatten nicht die 7000 Wort starke Untersuchung, die letztes Jahr veröffentlicht wurde. Ich wusste es nicht im Dezember 2017, aber ich konnte es spüren, dieses Umfeld. Es war extrem. Natürlich haben sie das getan, denn ich habe es da drin gefühlt. Deswegen ist es eine Erleichterung, dass wir es hier heute besprechen können. Doch stellen Sie sich vor, wenn diese Whistleblower nicht an die Öffentlichkeit gegangen wären, wenn die CIA-Recherche nicht veröffentlicht worden wäre! Ich würde hier stehen und erzählen, wie wir da drin waren und dass es sich so angefühlt hat, dass sie ihn jederzeit töten würden und Sie würden denken: «Nun, sie ist bestimmt ein bisschen betroffen von der Situation, aber es kann nicht so extrem sein.» Nun, doch.

In gewisser Hinsicht ist das eine Erleichterung, dass ich zu Ihnen sprechen kann, ohne das Gefühl einer Barriere zwischen meiner Realität und Ihrer zu haben. Denn Sie sind für das empfänglich, was wir durchlebten, was Julian angetan wurde, weil diese Dinge im Laufe der Zeit veröffentlicht wurden. Wirklich schwierig war es, als wir es durchlebten und sonst war alles wie gehabt. «Das findet nur in seinem Kopf statt, die USA sind in Ordnung, England verhält sich normal, er könnte jederzeit raus», der Satz.

Reicht es für den australischen Premierminister aus, dass sein Volk sagt, «wir wollen ihn zuhause haben», oder wie ist der Prozess? Ist es wirklich so einfach?

Im Grunde, ja. Die australische Regierung ist ein enger Alliiertes der USA und in strategischer und politischer Hinsicht sehr wichtig. Was wissen wir über die vorherige Regierung? Wir wissen, dass Scott Morrison, der vorherige Premierminister, wöchentlich Telefonate mit Mike Pompeo geführt hat. Mike Pompeo, der geplant hatte, Julian zu töten. Nun haben wir eine andere öffentliche Position der australischen Regierung und alles, was sie tun müssen, ist, einen Weg zu finden, diese durchzusetzen. Die australische Regierung ist kein Neuling in solchen Angelegenheiten. Sie haben Melinda Taylor aus Libyen herausbekommen, einen Journalisten aus Ägypten, Kylie Moore-Gilbert aus dem Iran – sie sind ständig am Verhandeln. Die australische Regierung ist tatsächlich sehr erfahren in diesen Angelegenheiten. Es sollte deutlich einfacher sein mit einem Verbündeten. Albanese Wahl wurde auch darum geführt, dass er zu Julian Stellung bezog, ebenso wie andere Politiker, die seitdem gewählt wurden. Sie haben das Versprechen gegeben, ihn zu befreien. Die australische Presse und Bevölkerung muss sie weiter drängen. Warum ist er noch nicht draussen? Das muss einfach weitergehen, denn selbstverständlich kann Albanese sagen: «Ich weiss, wir sind Freunde, aber ich habe meine eigenen politischen Dynamiken zuhause und ich kriege wahnsinnig viel Druck wegen dieser Assange-Sache, können Sie das beschleunigen.» Die Regierungen stehen sich nahe.

Australien hat dieses Problem, dass es sich so verhält, als ob es unbedeutend wäre und das ist unglaublich, denn... es ist ein bisschen so... Ich will nicht schlecht über das Europäische Parlament reden, aber... ich sass da und dachte, sie haben nicht begriffen, wie mächtig sie sind, und es ist dasselbe mit Australien. Australien ist unglaublich einflussreich und wichtig für die USA und wenn sie das Thema wichtig für sich machen, können sie es lösen. Jeder Tag, der vergeht, an dem Julian nicht frei ist, ist ein Tag, an dem sie an ihrem Versprechen gescheitert sind und das muss man ihnen konstant vorhalten.

(Das Gespräch wurde zum besseren Verständnis angepasst.)

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=90091>

E-Autos: „Wir fahren mit Braunkohle“

Von Peter Haisenko, NOVEMBER 6, 2022

Die Ökobilanz von E-Autos wird schöngerechnet mit der Annahme, sie würden mit Ökostrom betrieben. Das ist Unsinn, denn auch in deren Akkus fließt der ganz normale Strommix. Ohne E-Autos könnten einige Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden und wir bräuchten weniger Gas zur Stromherstellung.

Wer Strom aus dem Netz verbraucht, kann sich nicht aussuchen, aus welchen Quellen diese Energie gewonnen wird. So ist es Augenwischerei zu behaupten, man würde nur Ökostrom beziehen. Jeder Verbraucher erhält seinen Strom anteilmässig aus allen verfügbaren Quellen und da ist die Aufteilung so (Stand 2021, Quelle strom-report.de): Windkraft 23%, Braunkohle 20,2%, Kernenergie 13,3%, Erdgas 10,5%, Photovoltaik 9,9%, Steinkohle 9,5%, Biomasse 8,8% und Wasserkraft 4%. Die gesamte produzierte Strommenge pro Jahr beträgt etwa 500 TWh (Terawattstunden), also 500 Milliarden Kilowattstunden.

Aktuell sind auf unseren Strassen etwa 600'000 E-Autos zugelassen. Es sollen aber ganz schnell mehr als eine Million werden. So rechne ich hier mit einer Million, denn das soll die nahe Zukunft sein. Angenommen, und das dürfte realistisch sein, jedes E-Auto fährt pro Tag im Durchschnitt 100 Kilometer. Dann ergibt das einen Stromverbrauch pro Jahr und E-Auto von 5400 Kilowattstunden, wenn man vorsichtig, also E-Autofreundlich, von einem Durchschnittsbedarf von 15 kWh pro 100 Kilometer ausgeht. Das wiederum ergibt einen Jahresverbrauch für eine Million E-Autos von 5,4 TWh. Das ist dann etwa ein Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland. Man könnte meinen, das fällt (noch) nicht ins Gewicht. So ist es aber nicht.

Wir fahren mit Russen-Gas

Gerade dieses letzte eine Prozent ist es, das uns zwingt, Gaskraftwerke früher ans Netz zu nehmen. Es ist dieser Strom aus Gas, der den Spitzenpreis für Strom bestimmt, so pervers diese Regelung auch sein mag. Mehr darüber hier:

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/strompreise-rot-gruen-bedient-ihr-klientel/>

Hätten wir also keine E-Autos auf unseren Strassen, wäre die Stromrechnung für alle erheblich niedriger. Auch die Steuerlast wäre geringer, denn alle Steuerzahler müssen mit ihrem Obolus die Subventionen für E-Autos bezahlen. Bei dieser Betrachtung habe ich den Aufwand für die Ladeinfrastruktur noch nicht eingerechnet. Jede dieser Ladesäulen kostet viel Geld und auch das geht in den Strompreis ein. Jeder Stromkunde – und jeder ist einer – bezahlt also auch mit seiner Stromrechnung für die Ladeinfrastruktur, ganz gleich, ob er ein E-Auto fährt und schon die staatlichen Subventionen kassiert hat.

So kann man als primäre Quellen des Stroms für E-Autos zwei nennen: Braunkohle mit dem Anteil am Gesamtstromaufkommen von 20,2 Prozent und Gas aus Russland. Während der Braunkohlestrom noch als ökonomisch vernachlässigbar bezeichnet werden kann, ökologisch eher nicht, ist der Gasstrom zur Zeit eine ökonomische Katastrophe. Nicht nur für den «Kleinen Mann», sondern vor allem für den Industriestandort Deutschland. Stromintensive Sparten wie die Aluminiumindustrie schliessen reihenweise ihre Betriebe. BASF plant ihre Hauptbetriebsstätten nach China zu verlegen. Aber nochmals: Warum sind die E-Autos wesentlich für den irrsinnigen Strompreis?

Nachts gibt es keinen Solarstrom

Gaskraftwerke werden nur zugeschaltet, wenn alles andere nicht ausreicht. Wenn also Windstille herrscht oder/und die Sonne von Wolken verdeckt ist. Nun könnte man anführen, der Anteil an Gasstrom beträgt nur 10,5 Prozent. Das ist aber nur ein statistischer Durchschnittswert. Nachts bei Windstille ist das erheblich mehr und gerade dann saugen besonders viele E-Autos Strom aus dem Netz. Zuhause an der eigenen Ladestation in der Garage. Aber genau dann wäre eine Entlastung der Netze förderlich, um den Gasverbrauch niedrig zu halten. Es ist ja nicht so, dass das die Verantwortlichen nicht wüssten. Erinnern Sie sich noch an den günstigen «Nachtstrom»? Für elektrisch betriebene Nachtspeicheröfen? Den gibt es nicht mehr, eben weil nachts keine Sonne scheint und so nachts einfach 9,9 Prozent weniger Strom zur Verfügung steht. Darf man da eine Relation sehen, zu dem Anteil von 10,5 Prozent Gasstrom? Wieviel Strom aus Gas wird nachts hergestellt? Darf man annehmen, dass tagsüber 9,9 Prozent Solarstrom ins Netz fliesst und nachts das von Gas übernommen wird? Zahlen dazu konnte ich nicht finden, aber so wäre der Anteil an Gasstrom nachts erheblich höher. Das sollte man im Gedächtnis behalten, für die weiteren Ausführungen. So kann man sagen, nachts bei Windstille gibt es keinen «Ökostrom» für E-Autos. Sie fahren also mit Braunkohle und Atomstrom, der nächtens aus dem Netz gesaugt wird. Genau hier sorgen die E-Autos dafür, dass Gaskraft zugeschaltet werden muss. Jede Nacht. Auch wenn der Wind bläst. Darf man nun annehmen, dass der Stromverbrauchsanteil der E-Autos nachts mehr als ein Prozent beträgt? Nachts, wenn die industriellen Verbraucher weniger anfordern? Die Grossraumbüros dunkel sind? Ja mittlerweile sogar die Städte dunkel sind und der brave Bürger auf den Föhn zum Haare-trocknen verzichtet, während in der Garage die Kilowatt in die Akkus der E-Autos fließen? Grenzt es nicht an galoppierenden Irrsinn, zum Stromsparen aufzurufen und gleichzeitig E-Autos zu propagieren und subventionieren?

E-Autos müssen ihren (Öko-)Status verlieren

Vergleicht man nochmals den Tag- und Nachtanteil am Strommix, wird der Anteil der E-Autos am Stromverbrauch zu einer anderen Dimension. Selbst wenn man auch nachts den Anteil an Strom für E-Autos nur mit einem Prozent annimmt, beträgt dieser für Gasstrom allein immerhin zehn Prozent. Wie ist das zu rechnen? Gasstrom hat einen Anteil von 10 Prozent, um die Hundert Prozent zu erreichen. Diese zehn

Prozent werden aber nur angefordert, wenn nichts anderes zur Verfügung steht. Reduziert man die Gesamtmenge um ein Prozent, wirkt sich das nur auf den Gasstromanteil aus. Das heisst, man bräuchte zehn Prozent weniger Gasstrom. Tags und nachts. Weil aber wie dargestellt der Anteil am Stromverbrauch für E-Autos nachts höher ist, könnte genau dieser Anteil an Gasstrom nachts um vielleicht 20 oder mehr Prozent reduziert werden, wenn nachts keine E-Autos am Netz hängen. Oder sogar auf Null, wenn ein kräftiger Wind bläst.

Der zur Zeit extrem hohe Preis für Gasstrom bestimmt den Strompreis. Das heisst, der Strompreis für alle könnte erheblich günstiger sein, ohne E-Autos. So oder so, jedes E-Auto fährt immer mit einem hohen Anteil an Braunkohlenstrom und in Mangelzeiten mit Russen-Gas. Und zwar dann nur mit Russen-Gas, eben weil dieser Gasstrom nur produziert werden muss, weil es E-Autos gibt.

So würde ich mir wünschen, dass jemand Aufkleber herstellt und verkauft, die den Lack nicht beschädigen, mit der Aufschrift: «Ich fahre mit Braunkohle» oder «Ich fahre mit Russen-Gas». Die könnte man dann auf E-Autos kleben, um die E-Autofahrer von ihrem hohen Ross zu holen. Die Obergrünen, die sich die teuren E-Autos überhaupt leisten können und so ökologisch/politisch korrekt mit ihrem Reichtum angeben können. Das wäre vorbei, wenn man sich bezüglich E-Autos und ihrer fatalen Ökobilanz endlich ehrlich machte. Ich denke da auch an die armen Bauern in Südamerika, denen die Lebensgrundlage mit dem Raubbau für Lithium genommen wird. Der grüne Wahnsinn muss ein Ende haben.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/e-autos-wir-fahren-mit-braunkohle/>

Zurück zur offenen Diskussionskultur in Deutschland

Von Peter Haisenko, NOVEMBER 4, 2022

Wenn Sie die Zeitung aufschlagen, Radio hören oder die Nachrichten im Fernsehen geniessen, fällt Ihnen dann auf, dass es nichts mehr zu besprechen gibt? Vor jeder Beweisaufnahme ist klar, wer der Täter und wer das Opfer ist, gerne auch beides in der Mehrzahl. Wenn es der Fall überhaupt in die Nachrichten schafft und der vermutete Täter kein Migrant ist.

Ansonsten üben sich die Medien schon seit Jahren in vagen Formulierungen wie «soll gewesen sein» nach dem Motto, nichts Genaues weiss man nicht. Wer schuld ist, wird jedoch vorsorglich schon einmal festgelegt. Wer dann noch Rückfragen stellt, ist ein Ketzer und wird vom Monolog zum jeweiligen Thema ferngehalten. Basta, die Ansagen der Meinungsführer bleiben alternativlos. Seit einem halben Jahr berufen sie sich wieder auf die jahrzehntelang eingehämmerte Expansionslust der Sowjets und verweisen unreflektiert auf das von ihnen selbst in die Welt gesetzte Geschichtsbild. Die Russen waren schon immer die wilden Horden und ihre Nachbarvölker verwandeln sich in unseren Staatsmedien vom Saulus zum Paulus. Sie sind keine Nationalisten mehr, keine Antisemiten, keine Rassisten. Unsere Propaganda macht sie zu guten Menschen und ewigen Opfern.

Auch 2022 fühlen sich wieder alle von Russland bedroht. Vor allem Polen und Rumänien, die nach dem Ersten Weltkrieg selbst in Russland eingefallen waren, dort grosse Gebiete besetzt haben und danach miteinander verbündet waren, um noch tiefer in die inzwischen entstandene Sowjetunion einzufallen. Und natürlich fühlen sich jetzt auch die baltischen Republiken bedroht, die in den 1930er Jahren eine diplomatische Äquidistanz zu Moskau und Berlin einhielten, bis sie Vertreter von Hitlers Generalstab der Wehrmacht 1939 in ihre Länder liessen und militärische Befestigungsanlagen an der Grenze zu Russland errichteten. Den Kriegsvorbereitungen seiner Nachbarländer hat Stalin 1939–1940 einen Riegel vorgeschoben, indem er sie einkassiert hat.

Stalin wollte keine Weltrevolution

England, Frankreich, die USA und jede andere Grossmacht zuvor haben genauso gehandelt. Reinhard Leube hat diese Entwicklung für die Zeit ab 1800 in mehreren Bänden detailliert und Jahr für Jahr geschildert: Londoner Aussenpolitik und Adolf Hitler. Gibt es einen blinden Fleck? (2018)

Atemberaubend. London und Deutschland in den Jahren 1933 bis 1937. (2019)

Septemberrevolution. London und Deutschland 1938. (2019)

God Save the Fuehrer. London und Europa 1939. (2020)

Katz-und-Maus-Spiele. Europa in den Jahren 1940 und 1941. (2020)

Nicht noch einen Friedensvertrag. Europa 1942 bis zum Frühjahr 1943. (2021)

Ende und Anfang. Europa in den Jahren 1943 bis 1945 (2022).

Alle diese Werke finden Sie unter <https://anderweltverlag.com/>

Nehmen Sie sich die Zeit, um die Informationen über Europa und die Welt zu erhalten, die nicht in die grossen Medien kommen. Dazu zählt auch der Grund, warum Stalin so viele in- und ausländische Kommunisten umbringen liess. Sie kämpften für Lenins Weltrevolution, doch Stalin beharrte auf seiner Idee vom «Sozialismus in einem Land», nämlich in seinem Land. Den Hergang ab 1924 finden Sie in God Save the Fuehrer.

Jetzt liegt sein neues Werk vor: «Kontinentaldrift». Die Jahre 1946 bis 1951.

Der Band «Entzaubert – Kohl und Genscher, diese beiden», das Ende des Kalten Krieges 1989 und 1990, wurde vom Anderwelt Verlag bereits publiziert (2021). Nach 1990 haben Briten und Amerikaner nicht gerastet noch geruht und wie 1945 mit der Operation Unthinkable versucht, mit ihrer Nato an Russland heranzukommen. In den Bänden Ende und Anfang sowie Kontinentaldrift finden Sie, warum daraus 1945 noch nichts wurde. Heute fühlen sie sich in Osteuropa erneut alle bedroht und sind sich auch wieder keiner eigenen Schuld bewusst. Mein Gott, wie verlogen. Aber wer sich nicht an die Leichen im eigenen Keller erinnert, lebt sorgenfrei.

Trotz Zahlungsunfähigkeit hat Russland Gas an die Ukraine geliefert

Der Russe ist der Böse. Das steht im friedlichen Westen seit Ewigkeiten in den Zeitungen. Jetzt zahlt die Ukraine den Preis für ihre abenteuerliche Politik. Natürlich hätten sie die Beitrittsperspektive in die friedlichste Nato der Welt im Assoziierungsabkommen mit der EU auch fallen lassen können, um die Beziehungen mit Moskau nicht zu beschädigen. Immerhin hat ihnen Russland ihre Energie auch dann noch geliefert, als sie den günstigen russischen Stoff nicht mehr bezahlen konnten. Vielleicht können sie jetzt das teure Zeug aus Nordamerika besser bezahlen. Spätestens 2014 haben sie gesehen, dass Moskau nicht tatenlos zuschaut, wie ihm der Zugang zu Schwarzem Meer und Mittelmeer verbaut wird und den Status quo ante notfalls auch durch eine Volksabstimmung auf der Krim aufrechterhält. Kiew hat an seinem Kurs unbeirrt festgehalten und seit Februar dieses Jahres rollen Tränen. Am anderen Ende der Skala haben wir die friedlichsten Staaten in der Welt, England und Amerika. Mag sein, dass sie Weltreiche errichtet haben, blutig und brutal, aber das sind die Guten. Das sind die Spielregeln und wer sie in Frage stellt, wird von der Meinungsbildung ausgeschlossen. Zur Verteidigung der richtigen Meinung. So hat schon Joseph Goebbels seine Medien von den falschen Meinungen freigehalten. Ausgeschlossen.

Zwischen 1898 und 2022 verging so gut wie kein Jahr, in dem sich England oder/und die USA nicht mit fremden Ländern in der Welt geboxt haben, um ihre Interessen durchzusetzen, bzw. «sich und die Demokratie zu verteidigen». Das ging überall zu Lasten der jeweiligen einheimischen Bevölkerung. Wo blieb der Aufschrei in der Presse hierzulande? Es ist bedauerlich, dass keines dieser Länder etwas gegen diese Attacken unternehmen konnte, und es ist überraschend, dass jetzt ein Land gegen den Aufmarsch der Truppen und Hilfstruppen der USA an seinen Grenzen aufbegehrt. Lange bevor es in der Ukraine heiss wurde, stand Unsere Bundeswehr als Kopf der NATO-Armee zum Beispiel in Litauen. Das war schon 2014.

Der Westen verweigert Bestandsgarantien für Russland

Damals wurde amerikanisches Kriegsgerät Tonne für Tonne quer durch Deutschland transportiert von den Häfen über die Autobahnen und dann hiess es, in Deutschland seien auf einmal so viele Brücken reparaturbedürftig. Kein Wunder, denn die waren ausgelegt auf normale Fahrzeuge und nicht auf Panzer und schwere Waffen. Eine andere Reaktion als die Forcierung des Militäraufmarsches an den russischen Grenzen lag ja offenkundig ausserhalb der Möglichkeiten.

Früher gab es in Konfliktsituationen noch Verhandlungen. Zuletzt hatte es Präsident Biden noch einmal abgelehnt, Russland Sicherheitsgarantien zu geben. Und im Februar 2022 ging es in der Ukraine los. Dann heisst es immer, der Westen hätte auch Fehler gemacht, aber das sind gar keine Fehler. Das ist die offizielle Aussenpolitik der westlichen Staaten. Sieht man sich das Geschehen der letzten 200 Jahre von der Monroe-Doktrin bis jetzt in der Ukraine einmal im geschichtlichen Rückblick an, lässt sich nicht mehr jede militärische Aktion der US-Amerikaner bzw. ihrer Hilfstruppen in der Nato von unseren Propaganda-Schleudern einzeln schönreden. Wobei der übelste Teil dieser Beiträge immer noch im Wegschweigen unliebsamer Tatbestände besteht.

Das aggressive Russland hat seine Grenzen an die NATO verschoben

Parallel dazu fand eine absprachewidrige Nato-Erweiterung in Richtung der engeren Grenzen Russlands statt. Nachdem Moskau schon in den 1950er und in den 1990er Jahren nicht in die Nato aufgenommen wurde, was die Zielrichtung der Nato zweifelsfrei klärt, ging es nach der Ausschaltung Unserer DDR nur noch darum, an das Land heranzukommen, in dem der Reichtum dieser Welt bloss auf die Ausbeutung durch die Engländer und Amerikaner wartet. Während die cleveren Deutschen hinter Reinhard Gehlen (später der Chef des BND) 1945 noch die Operation Unthinkable, also den Durchmarsch der Briten und Amerikaner nach Russland verhindern konnten, – Näheres finden Sie im Band Ende und Anfang. Europa in den Jahren 1943 bis 1945 aus dem Anderwelt Verlag – ging es nach 1990 flott voran.

Erste Nato-Osterweiterung 1999: Polen, Tschechien und Ungarn

Zweite Nato-Osterweiterung 2004: Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Slowenien und eben auch Estland, Lettland und Litauen direkt vor der Haustür Russlands.

Hat sich jemand einmal dafür bedankt, dass Moskau das alles geschehen liess?

Hat man es gemacht, weil die Russen eben keine Möglichkeit hatten, das zu verhindern?

Können Menschen denken oder hoffen sie, es werde schon alles gut gehen?

Dritte Nato-Osterweiterung 2009: Albanien und Kroatien.

2013: Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine mit der Aussicht auf den Beitritt zur friedlichsten Nato, seit es Militärbündnisse gibt, und Moskau hat immer wieder gesagt, dass das die rote Linie war.

Vierte Nato-Osterweiterung 2017: Montenegro

Fünfte Nato-Osterweiterung 2020: Nordmazedonien

Wer will nochmal, wer hat noch nicht?

Kandidaten und Interessenten: Bosnien und Herzogowina, Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan und die Republik Moldawien. 1939–40 lassen schön grüssen. Wie dumm sind manche Menschen wirklich? London hat die Osteuropäer schon in den 1930er Jahren fallen gelassen, als es hart auf hart kam – unabhängig von den grossen Reden an der Themse und feierlich unterzeichneten Verträgen. Lesen Sie den Band Ende und Anfang. Europa in den Jahren 1943 bis 1945. (2022) sowie den neuen Band Kontinentaldrift. Die Jahre 1946 bis 1951. (2022) und Sie wissen, dass jetzt vollendet werden soll, was 1945-1946 an den Männern aus dem deutschen Geheimdienst an der Ostfront scheiterte. Die haben den Amerikanern Lügen über die Sowjets aufgetischt und den Kalten Krieg in die Wege geleitet, um von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges nicht noch einen «Friedensvertrag» wie 1919 in Versailles aufgedrückt zu bekommen. Wir erleben jetzt den Endkampf um die Ressourcen des Russischen Reiches.

USA dürfen Präventivkriege führen

Bis zum Februar 2022 gab es den Begriff des Präventivkrieges. Dieser wurde zuletzt immer von Washington benutzt, um sich weit entfernt vom Mutterland zu «verteidigen». Allein im Irak liegt die nüchterne Zahl der Opfer bei einer Million Menschen. Wie wir wieder zu spät erfahren haben, kamen die USA dorthin auch wieder mit einer Lüge. Aber als das aufflog, waren alle Messen schon gesungen. In Libyen gab es einen funktionierenden Sozialstaat mit allem Drum und Dran und nachdem die Amerikaner ihre Menschenrechte verteilt hatten, haben die Menschen dort die Karte, die der Schiedsrichter aus einer hinteren Tasche seiner Trainingshose zieht. Welche Vision mag die Führung in Kiew gehabt haben, als sie sich über die Jahre hinweg immer tiefer mit der Nato eingelassen hat? Hat man sich darauf verlassen, dass sich die Russen den Aufbau einer Front vor ihrer Haustür auf die Dauer gefallen lassen und schon keine Gegenmassnahmen ergreifen werden?

In der Ukraine lief schon seit 2014 ein Krieg, in dem Tausende von Russen durch bewaffnete Ukrainer abgeschlachtet wurden. Bis hin zu Sahra Wagenknecht werden Zahlen von 14'000 bis 25'000 Toten genannt. Wer bloss schwer verletzt ist, ist ja auch kein richtiges Opfer. Wo blieb der Protest der Europäischen Union bei den schweren Verletzungen der Minderheitenrechte? In Österreich, Italien oder anderswo ist das Geschrei schon gross, wenn nur eine rechte Partei in die Regierung kommt. Die offizielle Staatssprache in der Ukraine bei Behörden etc. ist seit Jahren nur noch ukrainisch, unabhängig davon, dass etwa die Hälfte der Menschen dort immer Russisch gesprochen haben. Warum blieb der Protest im Fall der Ukraine aus? Wenn das die Werte des Westens sind, für die wir auch ohne eine vertragliche Grundlage wieder einen Krieg ausserhalb der Nato unterstützen, dann vielen Dank. Veralbern kann ich mich auch ohne fremde Unterstützung.

Wenn es tatsächlich um die Sicherheit anderer Länder vor Russland ginge, hätte man Moskau schon von sich aus die Aufnahme in die Nato angeboten, statt den russischen Wunsch zurückzuweisen. 2019 gaben die USA 732 Mrd. Dollar für das Militär aus, die Summen der anderen Nato-Länder kommen noch dazu, China lediglich 261 Mrd. Dollar, Indien nur 74,1 Mrd. und Russland noch 65,1 Mrd. Dollar. Damit gab Moskau auch nicht viel mehr Geld für diesen Zweck aus als Deutschland mit 49,3 Mrd. Dollar. Russland gibt noch nicht einmal doppelt so viel Geld für seine Rüstung aus wie Deutschland. Wer strebt also nach der Ausdehnung seines Machtbereiches?

Nach all den Fakten komme ich zurück zum neuen Werk von Reinhard Leube: «Kontinentaldrift – Deutschland von 1946 bis 1951». Sagt Ihnen das Datum «7. September 1949» etwas? Was verbinden Sie mit diesem Datum? Wenn Sie dazu erst «googeln» müssen, kann ich Ihnen nur empfehlen, Ihr Wissen über Deutschland, die BRD und ihre Entstehung, aufzufrischen mit der Lektüre dieses Werks. (Seite 156) Sie werden darin noch mehr Fakten finden, die Sie bis dato noch nirgendwo einsehen konnten. So gilt wie immer: «Nur wer die (wahre) Geschichte kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.» Das, was wir jetzt in der Ukraine beobachten müssen, ist auch eine Folge dessen, was damals mit und um Deutschland geschah. Lesen Sie die Werke von Reinhard Leube und Sie werden erleben, wie sich «blinde Flecken» in Ihrem Geschichtsbild zu einem schlüssigen Ganzen auflösen. Bestellen Sie Ihr Exemplar «Kontinentaldrift» direkt beim Verlag hier oder erwerben Sie es in Ihrem Buchhandel.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2022/zurueck-zur-offenen-diskussionskultur-in-deutschland/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.



Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2022

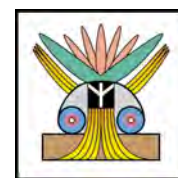
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz